

Annoncen-  
Annahme-Bureau:

In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(eingetragen 16.)  
bei C. H. Mici & Co.  
Breitestraße 11,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streiland,  
in Breslau bei Emil Kahlth.

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureau:

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. F. Danne & Co.,  
Hanselstein & Vogler,  
Kudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Stettin  
beim „Invalidenthau.“

Nr. 841.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal  
erscheneide Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Mittwoch, 1. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Kellamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1875.

**Abonnements auf die Posener Zeitung**  
pro Monat Dezbr. nehmen sämtliche Post-  
anstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pfg.,  
sowie die unterzeichnete Expedition und die  
Herren Distributeure zum Betrage von 1 M.  
50 Pfg. an. Bestellungen bitten gefäll. bald  
zu machen.

## Expedition der Posener Zeitung.

## Zwei bedeutsame Aufgaben des Reichstags

werden von der national-liberalen „Berl. Aut. Corr.“ besprochen, und  
damit die Stellung angedeutet, welche die größte Fraktion des Parla-  
ments zu ihnen einnimmt. So äußert sich das Organ der national-  
liberalen Partei anlässlich des Umfanges, daß sich der Reichstag dem-  
nächst auf Grund der bei ihm eingegangenen Petitionen auch mit der  
Zoll- und Handelsfrage zu beschäftigen haben wird, wie folgt:

Man darf eine eingehende Beratung dieser Frage erwarten. Ob-  
schon in großem Stil angelegte Verhandlungen bei Gelegenheit von  
Petitionen meist etwas Nichtiges an sich haben, muß man es doch in  
diesem Falle freudig begrüßen, daß eine Sache, welche die öffentliche  
Meinung nun schon seit Monaten lebhaft beschäftigt, auch im Reichs-  
tage einer eingehenden Erörterung unterzogen werden wird. Es ist  
gut, daß der Reichstag als solcher zu der Zoll- und Handelsfrage  
Stellung nimmt, um einer überhitzten Agitation die Hoffnungslosigkeit  
ihres Zieles vor Augen zu führen. Wir haben uns allerdings nie-  
mals der Verlogenheit hingeben, daß der Reichstag jemals die Erwar-  
tungen erfüllen werde, im Hinblick auf welche die schütz-bünerische Agi-  
tation in Gang gesetzt worden ist; nicht-deshalb weniger ist es von uns  
auf das Tiefste beklagt worden, daß diese Agitation gerade in dem-  
selben Augenblick, wo in verschiedenen europäischen Staaten die Er-  
neuerung der von denselben abgeschlossenen Handelsverträge zur  
Verhandlung steht, durch die zuverlässigste Sprache, deren sich ihre  
Wortführer in wohlbedachter Weise bedienen, den Anschein her-  
vorzurufen beabsichtigt, als ob in der Zoll- und Handelspolitik des  
deutschen Reiches eine Abwendung von den bisherigen Bahnen und  
eine Rückkehr zu dem Schutzollsystem bevorstehen müßte. Die dem  
deutschen Interesse durchaus schädliche Einwirkung der bei uns begog-  
nenen Schutzollagitation auf das Ausland besteht darin, daß alle  
schütz-bünerischen Bestrebungen in den mit uns in Vertragsverhältnis-  
stehenden Staaten einen willkürlichen Rückhalt finden und  
daß ein Rückschlag davon auch bei der Erneuerung der mit uns ab-  
geschlossenen Handelsverträge zu verspüren sein wird. Unsere deut-  
schen Schutzollner haben kurzfristigen Blick nur auf das eigene Haus  
gefaßt und haben nicht daran gedacht, daß die Reciprocität hier so-  
fort sich rächt, daß die offenen und versteckten Schutzollner im Aus-  
lande jede schütz-bünerische Regung in Deutschland sofort als Vorwand  
benutzen, um eine Erhöhung der Zollsätze gegenüber dem deutschen  
Reiche zu fordern. Je stärker die schütz-bünerische Strömung in Deutsch-  
land ist, desto höhere Schranken berechnen die Schutzollner draußen an  
den deutschen Grenzen aufgerichtet zu haben, um die deutschen Zoll-  
schranken zu überbieten. Es ist dringend zu wünschen, daß bei den  
demnächstigen Reichstagsverhandlungen dieser Gesichtspunkt in voller  
Klarheit hervortritt. Ein Beschluß des Reichstags, durch welchen der  
schütz-bünerischen Agitation die Möglichkeit entzogen wird, sich dem  
Auslande gegenüber mit dem Schein von Ausföchten stark zu machen,  
die in Wirklichkeit niemals vorhanden waren, wird — so hoffen wir —  
auch im Auslande seiner Bedeutung nach völlig gewürdigt werden.

Die seit einigen Tagen in den Händen der Reichstagsabgeordneten  
befindliche Vorlage der Regierung wegen Abänderung und Ergänzung  
des Strafgesetzbuches giebt der „D. A. C.“ zu folgenden Be-  
merkungen Anlaß:

Schon der äußere Anblick und die Zahl der Vorschläge beweist,  
daß nicht, wie anfänglich in Aussicht gestellt war, lediglich eine theil-  
weise, sondern daß eine auf den ganzen Umfang des Strafgesetzbuches  
erweiterte Revision (Totalrevision) beabsichtigt ist. Kein Wunder  
soll damit behauptet sein, daß die Totalrevision, als solche aufgeföhrt,  
eine in allen Theilen vollständige wäre; aber das ändert nichts an  
dem Gesamtcharakter der Vorlage, sondern fügt ihr nur einen neuen  
Mangel hinzu. Die ursprünglich verkündete Absicht sollte darin bestehen,  
nur den dringenden Mängeln abzuhelfen; Vorschläge dieser Art  
würden die Bezeichnung einer theilweisen Revision verdient haben.  
Nach dem tazen Bestehen des Strafgesetzbuches sollte nur dasjenige  
einer erneuerten Diskussion unterzogen werden, woraus ein Nothstand  
entpungen war. Die Motive der Vorlage halten in der Einleitung  
noch an diesem Gesichtspunkte fest; aber die Worte widerprechen dem  
Inhalte der Vorlage. Hier wird eine Anzahl von Bestimmungen  
der Abänderung unterbreitet und eine andere nicht unbedeutende Zahl  
von Vergehen und Verbrechen neu konstruirt; hier werden ferner oft  
bis ins Kleinste hineingehende Umgestaltungen vorgenommen. Kaum  
kann eine Vermehrung in den Vorschlägen gedacht werden, ohne daß  
hieraus eine völlig neue gesetzgebende Arbeit sich ergeben hätte. Wie  
die Vorlage jetzt beschaffen ist, muß sie als eine weit erstreckte, trog-  
dem jedoch lückenhafte Revision des ganzen Strafgesetzbuches bezeichnet  
werden. Ueber denjenigen Theil der Vorlage, welcher von vornherein  
als der „politische“ bezeichnet worden ist, läßt sich nichts Neues  
sagen. Außer der auf das gesammte Strafrecht sich erstreckenden  
„Friedensbürgschaft“ hat der Bundesrath nur einen der schwersten  
Abänderungsvorschläge aus dem ursprünglichen Entwurfe beseitigt;  
sonst hat der Bundesrath im Wesentlichen die ihm unterbreiteten An-  
träge zu den seinigen gemacht; über dieselben hat sich die öffentliche  
Kritik genügend ausgesprochen. Wir glauben nicht, daß seitdem  
auf diejenigen Bestimmungen dieses Theils sich irgendwie  
verändert haben sollten; zu bemerken ist nur, daß mehr Vorschläge  
unter den Gesichtspunkt des politischen Theils fallen, als bisher  
in der öffentlichen Kritik deutlich geworden ist, welche sich hauptsächlich  
auf diejenigen Bestimmungen gerichtet hat, welche die Presse, das  
Bereins und Versammlungsweisen direkt zum Ziele haben. In dem-  
jenigen Theile der Vorlage, welcher als der nicht politische  
bezeichnet wird, sind allerdings, wie wir bereits früher hervorgehoben  
haben, einige Vorschläge, welche mit Recht als dringliche zu be-  
handeln sind, während der größere Theil entweder keinem so drin-  
genden Bedürfnisse entsprungen ist oder gar eine von dem deutschen  
Strafgesetzbuche völlig abgekehrte Tendenz darstellen würde. Es wird

deßhalb eine der wichtigsten Aufgaben des Reichstags sein, eine Be-  
handlungsweise zu suchen, in welcher die wenigen dringlichen Vor-  
schläge von der Ueberzahl der andern gehörig ausgedehnt werden  
können. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, solchen An-  
sprüchen, welche als berechtigt anerkannt werden, ungekürzt  
Rechnung zu tragen. Hiermit fällt genau zusammen die von uns früher  
schon hervorgehobene Nothwendigkeit, zu der Regierungsvorlage sofort  
eine völlig unumwandelte und klare Stellung zu nehmen. Eine  
Behandlungsweise, welche nicht im ersten Stadium schon die der An-  
nahme mindestens fähigen Vorschläge von den unannehmbaren unter-  
scheidet, würde in praktischer Hinsicht das Zustandekommen der ersten  
gefahrlosen und in politischer Beziehung den Schein einer Unsicherheit  
herberrufen, wo völlige Klarheit vor Allem nothwendig ist.

Bei der Wichtigkeit der Strafrechtsnovelle ist es von  
Interesse, die Stellung der einzelnen Regierungen dazu ken-  
nen zu lernen. Man theilt darüber der „National-Ztg.“ folgendes  
Nähre mit:

Der bairische Bevollmächtigte bemerkt, es möchte dem Gedan-  
ken Ausdruck gegeben werden, daß es sich rechtfertigen dürfte, die Re-  
vision im gegenwärtigen Augenblicke möglichst auf diejenigen Punkte  
zu beschränken, wo das sofortige Revisionsbedürfnis außer Zweifel  
erscheint. Eine solche Beschränkung wird sich schon um deswillen  
empfehlen, weil mit der Zeit eine allgemeine Revision des Strafgeset-  
zbuches doch unvermeidlich ist. Dieser letzteren dürften alle minder  
dringenden Gegenstände um so mehr vorbehalten sein, als es nur  
hierbei möglich sein wird, die Revision umfassend und systematisch vor-  
zunehmen, die Wünsche aller Bundesregierungen eingehend zu würdi-  
gen und vielleicht auch noch vor der Antragstellung an den Bundes-  
rath das Gutachten einer besonderen Fachmänner-Kommission zu er-  
holen. Der königlich württembergische Bevollmächtigte erklärte,  
seine Regierung hätte, abgesehen von ihrer Ansicht zu einzelnen Para-  
graphen, gewünscht, daß die durch den Bundesrathsbeschluß vom 21.  
Februar 1874 eingeleitete Revision des Strafgesetzbuches sich in engeren  
Grenzen gehalten hätte, weil eine so ausgedehnte partielle Revision  
hauptsächlich das Bedenken gegen sich hat, daß dadurch leicht die Ein-  
heitlichkeit des Gesetzgebungswerks gefährdet wird. Nachdem sich er-  
geben hat, daß die Mehrheit der verbündeten Regierungen dieses Be-  
denken nicht für zureichend hält, hat die württembergische Regierung,  
welche in ihrem dem Reichstagskanzleramt mitgetheilten Änderungsan-  
trage auf wenige Punkte von unumwandelbarem und dringendem Bedürf-  
nis sich beschränkte, ihrerseits nicht mit weiteren Änderungsanträgen  
herbortreten zu sollen geglaubt. Die Wünsche, welche die württember-  
gische Regierung geltend zu machen in der Lage wäre, sind theilweise  
von der Art, daß sie, ohne eingehende Untersuchung ihres Verhältnisses  
zum System des Strafgesetzbuches und zu den Bestimmungen über die  
Verstrafung der einzelnen Delikte, eine Berücksichtigung nicht hätten er-  
warten können. Eine eingehende Untersuchung kann wohl nur bei den  
Vorbereitungen zu einer allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches  
stattfinden und dieser allgemeinen Revision wäre nach Ansicht der  
würtembergischen Regierung demnächst nach Erlebigung der dringenden  
Änderungen — näher zu treten. Nach den Worten zum Ent-  
wurfe ist bei Aufstellung desselben die Abänderung des Strafsystems  
außer Frage geblieben. Nach dieser Auffassung wäre das Gesetz-  
buch gerade in dieser Materie der Verbesserung entschieden bedürftig.  
Nachdem das Militärstrafgesetzbuch bei den meisten Vergehen dem  
Nichter die Wahl zwischen Gefängnis und Festungshaft gelassen und  
dadurch die Möglichkeit geschaffen hat, das Strafverurtheil der Individuali-  
tät anzupassen, kann der von dem Strafgesetzbuch in dieser Beziehung  
eingenommene Standpunkt kaum mehr festgehalten werden. Es hat  
ferner der Entwurf selbst durch seine die Bestimmungen über die Ver-  
strafungen des Betrugs und die Theilnahme herührenden Vorschläge  
den Gedanken einer Revision der allgemeinen Bestimmungen des Ge-  
setzbuches nahe gelegt. . . . Nach der Sachlage, wie sie sich hiernach  
darstellt, scheint schon jetzt das Material und die Aufforderung zu einer  
umfassenden planmäßigen Revision vorhanden zu sein. Einen bezüg-  
lichen Antrag dahin, hat die württembergische Regierung sich für einen  
späteren Zeitpunkt vorbehalten. Was eine solche Revision betrefft,  
sind die Anträge der verbündeten Regierungen auf theilweise  
Revision des Strafgesetzbuches. Es ist zu wünschen, daß die gegenwärtige  
Revision in etwas engeren Grenzen gehalten zu sehen, als sie der  
Entwurf zieht.

## Der Suezkanal.

Die gesammte europäische Presse bespricht den Verkauf des Suez-  
kanals an England in bald zustimmender, bald unmutiger Tonart.  
Während die englischen und deutschen Blätter in sympathischer Weise—  
die ersteren sogar mit Begeisterung — sich äußern, können die franzö-  
sischen Organe aller Parteien ihren Grimm kaum noch verbergen.  
Der Telegraph meldete bereits die zustimmende Auslassung der „Times“  
über das solche Ereignis der englischen Politik. Der Spectator erklärt,  
die Regierung habe mit einem Schlage alle bisherigen Fehler gutge-  
macht. Die Saturday Review spendet dem Geschäft gleichfalls Lob.  
Die Moneymarket Review glaubt, England habe zugleich von dem  
Rheidive die Anwartschaft auf den Gesamtbesitz nach Ablauf der kon-  
traktmäßigen neunjährigen Frist erlangt. Eine mißliebige Aufnahme  
der Maßregel von Seiten des Auslandes glaubt man hier nicht erwar-  
ten zu dürfen. Das radikale Parlamentsmitglied Anderson belobte in  
öffentlicher Rede entschieden den Schritt der Regierung; desgleichen der  
konservative Abgeordnete Goldney. Auch die bisher aus der irischen  
Presse bekannt gewordenen Stimmen drücken sich in gleichem billigen-  
den Sinne aus. Evening Mail bezeichnet den Kauf als die größte und  
weiseste staatsmännliche Handlung der jetzigen Generation.

Im schärfsten Gegensatz hierzu lauten die Stimmen der französischen  
Presse. Die „Semaine financière“ kann nicht genug bedauern, daß der  
Rheidive nicht lieber auf die Propositionen des französischen Syndikats  
eingegangen ist, welches ihm nicht nur seine Suezaktien abnehmen, son-  
dern auch die ganze schwebende Schuld noch auf drei Jahre und acht  
Monate prolongiren wollte. Unter welchen Bedingungen, versteht die  
„Semaine“ leider hinzuzufügen. Auf das Aeußerste gereizt gegen Eng-  
land spricht sich der französische „Moniteur“, das Organ des Herzogs  
v. Decazes, des auswärtigen Ministers, aus. Im Uebrigen bietet die-  
ser Zwischenfall der französischen Presse den verschiedenen Parteien den  
erwünschten Anlaß zu Bänkereien. Die „Republique française“ macht  
die Unfähigkeit des Herzogs v. Decazes verantwortlich für die Nieder-

lage, welche Frankreich betrifft. Das Organ des Herzogs v. Decazes  
läßt die Schuld auf die Schultern Gambetta's und seiner Freunde in  
der Nationalversammlung ab. Am leichtesten tröstet sich der „Figaro“;  
er ist schon zufrieden damit, daß es England und nicht Deutschland ist,  
welches Frankreich in Aegypten depossidirt. Die pariser Börse, welche  
sehr stark in ägyptischen Werthen engagirt ist, findet ihrerseits, wie man  
aus Paris telegraphirt, ihre Veruhigung in dem baaren Gelde, das  
ihrem Schuldner zufließt.

Von ganz besonderem Interesse ist die Stimme des Mannes, auf  
dessen Schultern das ganze Niesenunternehmen ruhte, der mit uner-  
hörter Energie und Ausdauer, allen widerstrebenden Einflüssen zum  
Trotz, das große Werk vollendete, des Herrn v. Lesseps. Wie bereits  
telegraphisch berichtet wurde, hat derselbe ein Birkular veröffentlicht, in  
welchem er daran erinnert, daß zur Zeit, als die Subskription auf die  
Suezkanal-Aktien eröffnet wurde, ein bedeutender Theil derselben für  
England reservirt worden sei, welches damals an der Subskription  
nicht nur nicht Theil nahm, sondern den Bau des Kanals bekämpfte.  
Heute erhalte England den Theil, der ihm damals loyaler Weise  
reservirt worden sei. In Folge dessen müsse England notwendiger  
Weise von jener feindseligen Haltung ablassen, die es ehemals den  
Aktionären gegenüber, die das Unternehmen gründeten, beobachtet habe.  
Lesseps glaubt, die mächtige Solidarität, welche jetzt zwischen den engli-  
schen und französischen Kapitalen behufs einer rein industriellen und  
somit friedlichen Ausbeutung des Suezkanals eintreten werde, vielmehr  
als eine glückliche Thatfache ansehen zu dürfen.

Von österreichischen Blättern äußert sich die „Presse“  
ziemlich unmutig gegen das Vorgehen Englands, glaubt jedoch, daß  
die Mittel gefunden werden würden, den geschehenen Schritt seines  
politischen Charakters zu entkleiden. Von russischen Stimmen  
fügt sich zu dem oben angeführten „Nord“ noch die „Moskauer  
Zeitung“, die nicht geneigt ist, England ohne Weiteres eine für Welt-  
handel und Weltpolitik so entscheidende Position zu überlassen. Welches  
Fermant durch diese Vorgänge in der Orientfrage geworfen wird,  
bedarf kaum eines Kommentars.

Unser berliner A-Korrespondent beleuchtet die militärische  
Bedeutung des Ereignisses, indem er schreibt:

Mit der Erwerbung des Suezkanals hat England zu seinen  
beiden Mittelmeer-Stationen, Malta und Gibraltar, eine dritte hin-  
zugewonnen, welche auf Malta gestützt, ihm, so lange es die  
Ueberlegenheit zur See zu behaupten vermag, die  
Beherrschung des Mittel- und des Rothen Meeres, wie die nähere  
Verbindung mit Indien zu sichern im Stande ist. Noch befindet sich  
jedoch am Suezkanal kein befestigter Punkt vorhanden, und bleibt bei  
dem internationalen Charakter, welcher dieser Wasserfrage vertrags-  
mäßig beizumessen, auch weder abzusehen, wie, noch bei den namentlich an der  
Mittelmeer-Einfahrt jeder größeren Kriegsschiffen- und Befestigungsanlage  
wenig günstigen Terrainverhältnissen, wo eine solche geschaffen wer-  
den soll. Speziell besitzt der Kanal von Port Said (der Mittelmeer-  
Einfahrt) bis Suez eine Länge von 21½ geographischen Meilen, eine  
Breite von im Wasserpiegel 58 bis 100 Meter und durchgehends 22  
Meter Sohlenfläche, wie eine Tiefe von 8 Metern. Die Tiefe des-  
selben würde demnach für den Tiefgang der großen Panzer-Schlachtschiffe  
um 1 bis 2 Meter zu gering erachtet werden müssen. Nachdem bietet  
jedoch noch das Rothe Meer denselben ein so schwieriges Fahrwasser,  
um diese Durchfahrt für eine Panzer-Schlachtenflotte vorerst noch  
schwerlich benutzen zu können. Die Verwendung einer solchen Flotte  
würde jedoch zunächst allerdings auch nur für das Mittelmeer in Aussicht  
genommen zu werden brauchen. Die gegenwärtig von den tonangebenden  
englischen Organen vertretene Idee, daß England auch nach einer  
etwaigen russischen Besitznahme von Konstantinopel durch die Erwerbung  
des Suezkanals noch die Herrschaft über das Mittelmeer werde behaupten  
können, darf hingegen sicherlich als vollkommen illusorisch erachtet wer-  
den; denn mit Konstantinopel würde den Russen eine Ceceposition überlie-  
fert werden, welche nach Anlage der entsprechenden, wenn vorerst auch  
nur provisorischen, Befestigungen in Hinsicht ihrer Stärke in der gan-  
zen Welt nicht ihres Gleichen findet, und der die Schaffung einer star-  
ken russischen Mittelmeer-Flotte unbedingt auf dem Fuße folgen würde.  
Nächst dem bleibt aber noch in Betracht zu ziehen, daß mit einer Befestig-  
ung von Konstantinopel den Russen wahrscheinlich zugleich auch  
die türkische Panzerflotte von 15 mächtigen Panzern, darunter 6 erster  
Gefechtsstärke zur Beute werden würde, und wenn das, würde sich  
Russland hierdurch in Verbindung mit seinen eigenen Seecräften auch  
jetzt schon vollkommen in der Lage befinden, den Engländern mit gün-  
stiger Aussicht auf Erfolg in offener Seeschlacht die Spitze zu bieten.

Unser berliner A-Korrespondent, welcher die Anschauung gewisser  
Regierungskreise wiederzuspiegeln pflegt, äußert sich wie folgt zur  
Sache:

△ Berlin, 29. November. Die Nachricht von dem Ankauf der  
Suez-Aktien durch die englische Regierung hat auch hier in der  
sogenannten politischen Welt einen großen Eindruck gemacht. Man ist  
von der hohen politischen Bedeutung des Schrittes im Hinblick auf die  
demnächstigen Phasen der orientalischen Frage durchdrungen und scheint  
im Allgemeinen das Vorgehen Englands günstig zu beurtheilen. Bei  
der speziellen Frage wegen der künftigen Stellung Aegyptens kommen  
ja unter den Großmächten in erster Linie England und Frankreich in  
Betracht, und es ist leicht erklärlich, daß es für günstiger gilt, wenn  
England dort ein Uebergewicht gegenüber Frankreich gewinnt. Man  
glaubt annehmen zu dürfen, daß es nicht England allein, sondern allen  
Nationen zum Vortheil gereichen wird, daß England in den Besitz des  
Suezkanals gelangt.

**Druckfehler-Berichtigung.** In dem Zeit-Artikel unserer Sonn-  
abend-Morgennummer (Nr. 832) „Ueber Kredit-Organisa-  
tionen in unserer Provinz“ sind einige Druckfehler stehen  
geblieben, welche wir hierdurch berichtigen wollen. Es muß heißen:  
Wie der zentralisirende Großbetrieb das kleine Gewerbe z. auffaßt,  
statt aufstößt; ferner: Unternehmungen, die . . . ihre Endschafft  
erreichen, statt Endschicht; endlich: das genossenschaftliche Prinzip der  
Landschaft ist an sich veraltet, statt verwaltet.



## Deutschland.

Δ Berlin, 29. November. Zwischen der preussischen, der oldenburgischen und der hessischen Regierung schweben seit dem Jahre 1868 Verhandlungen wegen gemeinschaftlicher Unterhaltung der Schiffsfahrtszeichen auf der Unterweser und wegen Erhebung einer die Kosten dieser Einrichtungen deckenden Abgabe von den in die Weser einlaufenden Schiffen. In nahestem Zusammenhange mit dieser Angelegenheit steht die Erhaltung eines alten Kirchthurms auf der Insel Wangerooge, des dortigen Leuchtturms und Leuchthaus, sowie der Insel selbst, deren Weststrand in Folge der zerstörenden Einwirkung der Sturmfluten bereits beträchtlichen Abbruch erlitten hat. Die Verhandlungen der Weser-Verwaltung haben nun am 26. v. M. einen vorläufigen Abschluß gefunden, indem ein Vertragsskizzenwurf von Preußen und Bremen endgültig, von Oldenburg unter zwei bedingenden Voraussetzungen angenommen worden ist. Der Vertragsskizzenwurf ist jetzt dem Bundesrathe mit dem Antrage vorgelegt worden, derselbe solle sich damit einverstanden erklären, daß das Reich die ihm in dem Vertrage zugewiesenen Leistungen übernehme und auf die von der oldenburgischen Regierung daran geknüpften Vorbehalte eingehe. — Die Besserung in dem Befinden des Grafen Wndt zu Eulenburg schreitet von Tag zu Tage vor, doch wird die völlige Wiederherstellung noch eine geraume Zeit erfordern. Dadurch ist es auch notwendig geworden, die Vermählung des Grafen mit der Tochter des Reichskanzlers, welche für Dezember in Aussicht genommen war, auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Δ Berlin, 30. November. [Zum Militäretat.] Eine jedenfalls nicht gering anzuschlagende Eigenschaft des Militär-Etats pro 1876 ist, daß durch denselben, so geringfügig die beantragten Änderungen auch an sich erscheinen mögen, doch nach drei Richtungen die prinzipiellen Grundbestimmungen der deutschen Heeres- und Wehrverfassung eine Änderung erleiden. Zunächst wird nämlich durch Errichtung eines zweiten Eisenbahn-Bataillons und die Formierung dieser beiden Bataillone zu einem Eisenbahn-Regiment der im § 2 des Reichs-Militär-Gesetzes normirte Friedensstand der deutschen Armee um 1 Pionierbataillon und 1 Regimentsstab erhöht. Ferner sollen die 5 reitenden Batterien der Feldartillerie-Regimenter Nr. 8, 14 und 15 für den Friedensstand von 4 auf 6 bespannte Geschütze gesetzt werden, während prinzipiell bisher die Geschütze der preussischen und deutschen Feldartillerie auf dem Friedensfuße sich durchgehend per Batterie nur zu 4 bespannten Geschützen bemessen befand. Endlich aber wachsen durch die Umwandlung der bisherigen Landwehr-Reserve-Bataillone Berlin Nr. 35, Breslau Nr. 38 und Köln Nr. 40 zu Landwehr-Reserve-Regimentern von je 2 Bataillonen, der Landwehr einmal 3 neue Bataillone und 3 neue Regimentsstäbe zu, während sich zugleich außerdem noch mit dem Insultreten dieser Änderung die bisherige Bestimmung der Landwehr-Reserve-Bataillone insofern wesentlich geändert ausweisen würde, daß mit der Erhöhung dieser Bataillone zu Regimentern die Ergänzungsaufgabe, welche die Landwehr-Reserve-Bataillone bisher für die in ihrem Mannschaftsstand weniger günstig gestellten Landwehr-Truppenkörper vorzugsweise zu erfüllen bestimmt waren, insofern eine Beschränkung erleiden dürfte, als diese neuen Regimentern fortan mit dem Eintreten einer Mobilmachung gleich als zur vollen aktiven Verwendung mit aufgerufene Landwehr-Truppenteile erachtet werden müssen. Die Errichtung eines neuen Eisenbahn-Bataillons und die Formierung der zwei Eisenbahn-Bataillone zu einem Eisenbahn-Regiment bedingt sich einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen, und können deshalb auch sachgemäße Gründe wider diese Aenderung kaum beigebracht werden. Ein ähnlicher Sachverhalt würde auch für die Umwandlung der Landwehr-Reserve-Bataillone in Reserve-Regimenter obwalten, wofür diese Angelegenheit nicht mit der Besetzung der Landwehr-Bezirks-Kommandeurstellen durch aktive Offiziere in Verbindung gebracht wäre, was um der sonst vollkommen anzuerkennenden Zweckmäßigkeit dieser Aenderung willen besser vielleicht unterblieben sein möchte. Ganz unerfindlich in Hinsicht des damit verfolgten Zwecks

steht sich hingegen die Steigerung der Geschützzahl bei den vorangeführten 5 reitenden Batterien. Es ist zwar in militärischen Organen die Erhöhung der Geschützzahl bei sämtlichen Batterien der deutschen Feldartillerie auf 6 Geschütze auch für den Friedensstand schon vielfach angeregt und empfohlen worden, allein auf die gesammte Feldartillerie ausgedehnt, würde diese Maßregel der Steigerung der Friedensstärke derselben um ein volles Drittel vollständig gleichkommen, und andererseits müßte um das Gleichgewicht der neu geschaffenen französischen und der deutschen Artilleriestärke auch nur einigermaßen auszugleichen die Errichtung von noch 24 bis 30 neuen deutschen Feldbatterien, wenn überhaupt eine Verstärkung der Feldartillerie als unbedingt notwendig erachtet werden sollte, jedenfalls als noch weit zweckentsprechender anerkannt werden. Für eine so beschränkte Maßregel als die Stellung von nur 5 Batterien auf 6 Geschütze bleiben hingegen, wie zuvor schon angeführt, die Gründe überhaupt nicht abzusehen, und bei den sehr ernsten Konsequenzen, welche sich gerade aus dem Vollzug dieser Maßregel ergeben dürften, möchte sich die Beanstandung dieses Postens nahezu von selbst bedingen.

— Das „Berl. Frdbl.“, das nicht selten zu offiziellen Auslassungen benutzt wird, bringt heute von „wohlunterrichteter Seite“ folgenden Dementi in Sachen des vermeintlichen Rücktritts des Kultusministers:

Die Nachricht, daß der Kultusminister aus Anlaß der endgültigen Feststellung der Mitgliederliste für die Generalherrschaft beim Kaiser seine Entlassung nachgesucht habe, ist unbegründet. Thatsächlich lag am wenigsten für den Kultusminister eine Veranlassung zu einem solchen Schritte vor. Der König hat als Landesobsthof der preussischen evangelischen Landeskirche vor Feststellung der Mitgliederliste für die Generalherrschaft dem Kultusminister und den Präsidenten des Oberkirchenraths, ausschließlich als Vertrauenspersonen, aufgefördert, ihm geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen. Dies geschah und der Kaiser hat sodann nach eigenem Ermessen auf Grund dieser Liste seine Auswahl getroffen. Da die Angelegenheit eine rein kirchliche ist, so hat dieselbe mit der konstitutionellen Verantwortlichkeit des preussischen Kultusministers nichts zu thun, und es fehlte diesem somit jeder Anlaß, auf Grund dieses Zwischenfalles seiner rein politischen Thätigkeit zu entsagen, welche nicht im Geringsten dadurch behindert wird.

— In Sachen „Pro Nihilo“ theilt der Abg. Dr. Simson nun selbst der „Nat. Ztg.“ mit, daß sich der Kaiser „gegen denselben über die sog. Pro Nihilo-Broschüre mit keinem Wort geäußert“ hat. Die betreffende Nachricht stammte aus dem „Tagbl.“. — Auch die „Magb. Ztg.“ spricht von einer Anklage Arnim's auf Landesverrath als von einer Thatsache. Sie schreibt:

Nachdem der Staatsgerichtshof beschlossen hat, gegen den Grafen Harry v. Arnim wegen Landesverraths vorzugehen, schweben zwei Prozesse gegen den früheren Vorkämpfer. Das Stadtgericht steht in dem Pro Nihilo-Prozesse von der Person Arnim's allerdings gänzlich ab, denn ihm liegt nur ob, entweder die Broschüre freizugeben, oder ihre Vernichtung zu dekretiren, wogegen der Staatsgerichtshof von vorn herein annimmt, nur Graf Arnim könne die Pro Nihilo-Publikation veranlaßt haben. Sollte auf Landesverrath erkannt werden, so dürfte die Sequestation etwaigen Arnim'schen Besitzes in Preußen wohl zweifellos erfolgen. (Inzwischen hat ein Telegramm bestätigt, daß gegen Arnim die Untersuchung wegen Landesverraths beschlossen ist. Red. d. der Pos. Ztg.)

— Die „Germania“ schreibt:

Zur Frage wegen Theilung der Breslauer Diözese will die „Vol. Kor.“ aus Rom erfahren haben, daß im Vatikan ein Gutachten des päpstlichen Nuntius am Wiener Hofe, Mgr. Jacobini, eingelangt sei und daß die Angelegenheit wahrheitsgemäß einer Entscheidung im Sinne der Trennung entgegenstehe, da die Kongregationen einer solchen Lösung nicht abgeneigt seien. — Wir haben allen Grund, die Richtigkeit dieser Nachricht zu bezweifeln.

— Wie das „Tagbl.“ schreibt, wird Paul Majunke, der Chefredakteur der „Germania“ und Reichstags-Abgeordneter für Trier, am 11. Dezember aus seiner einjährigen Haft in Bismarcks Entlassung werden. Die Zentrumsfraktion des Reichstages gedenkt diesen Freundes- und durch ein solches Souper im Norddeutschen Hof, dem Versammlungsort der süddeutschen Klerikalen, festlich zu begeben.

Köln, 28. November. Die „Köln. Ztg.“ erwähnt einer Petition, welche in Köln an den Unter-Richtungsminister in Umlauf gelegt worden ist und, wie das Blatt hört, bereits zahlreiche Unterschriften von Familienvätern gefunden hat. Die Petition ist veranlaßt durch die angebliche Absicht im Unterrichtsministerium, eine

Gleichförmigkeit mit der Ferienordnung der östlichen Provinzen herbeizuführen, die Herbstferien in der Rheinprovinz derartig zu verlegen, daß ein Theil in den Juli und ein anderer in die erste Hälfte Oktobers fällt. Gegen solche Aenderung sei der Einwand laut geworden, daß dieselbe eben so wenig den klimatischen Verhältnissen am Rhein wie den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern entsprechen würde. Eine länger andauernde Hitze, welche zur Unterbrechung des Unterrichts nöthigte, gehöre hier zu den Ausnahmefällen, würde auch häufiger in den August als in den Juli fallen; weshalb zu einem Landaufenthalte oder zu Bade- und Erholungsreisen hier nicht sowohl der Juli als der August und die erste Hälfte des September benützt werden. Die Theilung, also jedesmalige Abkürzung der Ferien würde überdies eine notwendige und wirkliche Erholung wesentlich erschweren oder verhindern. Auch sei hervorzuheben, daß die bis jetzt üblichen Ferien mit den Ferien der Juristen und den Universitätsferien zusammenfallen. In den östlichen Provinzen werden die Unbehörden der gegenwärtigen Ferienordnung kaum minder lebhaft empfunden als am Rhein, und in vielen Kreisen erwartet man mit Sehnsucht die lange ventilirte Modifikation derselben.

## Frankreich.

Paris, 26. Novbr. Offiziell wird gemeldet:

Der Ministerrat hat gestern Abend eine Sitzung gehalten, um die durch die Veröffentlichung der Rede des Herrn Paul de Cassagnac aufgeworfenen Fragen zu untersuchen. Es wurde beschlossen, gerichtliche Verfolgungen gegen gewisse Blätter, welche diese Rede wiedergegeben haben, einzuleiten. Heute Mittag trat der Ministerrat auf Neue zusammen und untersuchte die Frage, ob außerdem noch eine Verwaltungsmaßregel (also Entziehung des Straßenverkaufs oder Suspension) über das „Pays“ verhängt werden sollte. Diese Frage wurde in verneinendem Sinne entschieden.

Der „Français“ kann diese Mittheilung dahin ergänzen, daß Paul de Cassagnac und der Gerant des „Gaulois“ binnen vierzehn Tagen vor den Geschworenen erscheinen werden. Von den anderen Blättern, welche die Rede offenbar nur in absprechender Absicht veröffentlicht haben, ist bis jetzt nicht bekannt, daß sie ebenfalls in diese Verfolgungen einbezogen werden sollen. Aus alledem geht hervor, daß das Ministerium Buffet gerade in dem einzigen Falle, wo die Handhabung des Belagerungszustandes sich hätte rechtfertigen lassen, von diesen Ausnahmemaßnahmen keinen Gebrauch gemacht hat, weil es sich eben um ein bonapartistisches Blatt handelte. Wenn für die offene Aufreizung zum Staatsreize und für die allgeringste Verunglimpfung der bestehenden Institutionen die Gerichte genügen, wie will dann Herr Buffet noch die Beibehaltung der Militärzensur rechtfertigen? Wir kennen unter sämtlichen Regierungskassen dieses Ministers, was nicht wenig sagen will, keinen jesuitischeren, als die Verweisung des „Pays“ und „Gaulois“ vor die Geschworenen.

## Parlamentarische Nachrichten.

□ Berlin, 29. November. Die Budgetkommission beriet heute den Marine-Etat zu Ende und beschloß, dem Plenum durch den Abg. Richter (Danzig) mündlichen Bericht erstatten zu lassen. Der wichtigste Beschluß, welchen die Kommission heute faßte, war der: eine Summe von 5,100,000 Mark mehr auf die in dem Etat verzeichneten Restbestände von 17,769,300 M. in Ansatz zu bringen, so daß diese sich dann auf die Summe von circa 23 Millionen Mark belaufen würden und die Balance des Etats eine ungünstigere wird. In der Kommission wurde hierbei hervorgehoben, daß es allerdings korrekter sei, die Summe von 5 Millionen abzuschießen. Der Erklärung des Chefs der Marine v. Stosch gegenüber, daß er für jetzt noch nicht übersehen könne, an welchem Posten eine Streichung zu ermöglichen sei, entschied sich jedoch die Kommission zu diesem Auskunftsmittel. Seitens des Herrn v. Stosch wurden dagegen auch keine Einwendungen erhoben und erklärte derselbe vielmehr, daß er mit der übrigbleibenden Summe ausreichen werde. Aus der vom Minister gegebenen Uebersicht geht hervor, daß derselbe mindestens mit 35 Millionen Ueberschuß (Restbestände) aus dem Jahre 1875 in das Jahr 1876 übertritt. Von der Kommission wurde schließlich eine Resolution angenommen, dahin gehend: den Reichskanzler aufzufordern, den Etat im nächsten Jahre so aufzustellen, daß in demselben keine höheren Summen gefordert werden, als thatsächlich gebraucht werden. Die übrigen Änderungen des Etats waren nur formeller und untergeordneter Natur.

## Interimstheater.

Die Einrichtung sogenannter Extravorstellungen mit kleinen Preisen, welche seit einiger Zeit im Interimstheater getroffen worden ist, erweist sich als für die Kasse entschieden vorteilhaft. Der Montag gehörte früher zu den schlechtesten Theatertagen; jetzt veranlaßt er gewöhnlich ein ganz gut besetztes Haus. So war es auch vorgestern. Trotz schneidender Kälte auf den Straßen und Glattschnee hatte sich ein ansehnliches, zum großen Theil aus Damen bestehendes Publikum eingefunden. Gespielt wurde nach langer Pause wieder einmal die alte Posse „Einer von unsre Leut“, die übrigens an Werth so manche neuere übertrifft. Ist auch vieles, was sie bietet, veraltet — es bleibt immer noch eine respektable Summe von echtem Humor übrig, die einige Stunden hindurch angenehm unterhält. Natürlich kommt alles auf die Darstellung des Isaak Stern an — eine der lebenswürdigsten Gestalten der Posse. „Einer von unsre Leut“ verdankt seine großen Erfolge in früherer Zeit hauptsächlich dem Umfange, daß die Verfasser auf die Schablone des üblichen Theaterjuden verzichteten und eine lebenswahre Figur an dessen Stelle setzten.

Herr Schulenburg hat sein erstes Engagement in Posen mit der Verkörperung dieser Rolle angetreten und schon damals dafür viel Beifall geerntet. Seine jüngste Vorstellung bewies, daß der Künstler inzwischen manche Fortschritte gemacht hat. Auffassung und allgemeine Ausführung waren im Ganzen dieselben wie damals, aber das Bild hatte einen größeren Reichthum an Details. Anzuerkennen haben wir auch dies Mal die künstlerische Beherrschung, welche Uebertreibungen gänzlich ausschloß. Ebenso angenehm berührte es, daß Herr Schulenburg auf das von diesen Darstellern kultivirte „Mauscheln“ verzichtete und nur durch eine mittlere dialektische Färbung die Nationalität Isaak's charakterisirte.

Die übrigen Rollen sind sammt und sonders unbedeutend und wurden meist angemessen dargestellt.

## Orchester-Verein.

In den meisten Städten, wo deutsches Element herrscht, oder doch wenigstens einen überwiegenden Procentsatz bildet, führt die germanische Neigung zur Musik und zur Geselligkeit sehr bald zu musikalischen Vereinigungen. Selbst kleinere Städte haben ihre Gesangsvereine, die vokalen Elemente gruppieren sich gewöhnlich um einen fangeskundigen Kantor, der wöchentlich sein Scepter schwingt und den mu-

sikalischen Drang der Einzelnen zum dienenden Gliede der Gesamtheit zigt. Dadurch wird nicht nur der Sinn für Gesang geweckt und gefördert, sondern auch das einträchtliche Beieinanderwohnen oft erst geschaffen, so daß im deutschen Lexicon das Wort Sangesbruder als sprachliches Unicum einen sozial-humanen Begriff vertritt. Ist die Stadt größer und sind die musikalischen Elemente nicht nur dichter, sondern auch mannigfaltiger gelöst, so finden sich wohl auch die Kräfte, um auf instrumentalem Gebiete die im Einzelnen schwächeren Leistungen in einer erfolgreichen Gesamthätigkeit zu einen. Gewöhnlich bilden einige Musiker von Fach den Grundstock, deren durchgreifende Thätigkeit die Lebenskraft bedingen, wie im Organismus die Nerven. Ein tüchtiger Dirigent wird mit einem solchen vielföpfigen Instrumente bei der nöthigen Liebe und Ausdauer dann Erfolge erzielen, die nicht nur den Mitspielern, sondern auch den Zuhörern zur Freude, ihm selbst aber zur Ehre gereichen.

Die vorgestrige öffentliche Aufführung des hiesigen Orchester-Vereins dürfte dies bestätigt haben. Nicht nur gewährte die Duvertüre zu Jossonda von Spohr und die Sinfonie in D-dur von Haydn Beweise tüchtiger Leistung seitens des Dirigenten Herrn J. Gülich, der nun schon seit 9 Jahren diesem Vereine seine Kräfte widmet, auch das Lied für Horn mit Orchesterbegleitung (Frühlingserwachen von Bach) und das von dem hiesigen Violin-Lehrer Herrn Bauer mit Klavierbegleitung vorgetragene Violinkonzert von Beethoven zeigten die über dem Dilettantismus stehenden künstlerischen Fertigkeiten Einzelner. Der warme Beifall des zahlreich anwesenden Publikums war der beste Beweis, daß die Leistungen des Vereins hier Boden gefast und dürfte wohl auch der erstrebte Zweck erreicht und somit auch das materielle Wohlbefinden gefördert worden sein.

\* Die „Deutsche Rundschau“, herausgegeben von Julius Rodenberg (Verlag von Gebr. Baetzel in Berlin) bringt in ihrem zweiten (November)-Heft neben vielen anderen geistreichen Beiträgen einen interessanten Essay über „B. M. Leontjew und die russische Presse“. Wir entnehmen dieser äußerst lesenswerthen Abhandlung den Anfang, welcher lautet:

Nirgend in Europa ist es der periodischen Presse gelungen, so rasch zu einer maßgebenden Stellung zu gelangen, wie in Rußland. Vor zwanzig Jahren gab es nur zwei in russischer Sprache gedruckte Journale, die in Betracht kamen und deren Namen die Welt der Weisheit genannt wurden, den offiziellen „Russischen Invaliden“ und die politisch bedeutungslose, aber als ästhetische Kritik gefürchtete „Nordische Biene“, das von Grefsch und Bulgarin herausgegebene Organ des offiziellen schlechten Geschmacks: zehn Jahre später ließ

sich behaupten, die russische Presse habe (gleich dem Herkules) in ihrer Wiege zwei Schlangen, das bildungsfeindliche System des absolutistischen Absolutismus und den politischen Aufstand erdrückt, zwei einander abtödtende Journalisten, Alexander Herzen und W. N. Katkow, seien die einflussreichsten Männer der großen Monarchie des Ostens gewesen. Der deutsche Tageschriftsteller, der heute über die meiste Stellung der Presse im Vaterlande befragt, mag eben so viel Grund, seine russischen, wie seine englischen und französischen Kollegen zu beneiden. Einfluß auf die praktische Politik, direkte Einwirkungen auf den Gang der großen Geschäfte wie der „Kolokol“ und die „Mosk. Zeitung“ sie geübt, sind einem deutschen Journal nicht beschieden, Positionen wie gewisse moskauer Zeitungsschreiber sie eingenommen, von deutschen Journalisten nie angestrebt, geschweige denn behauptet worden. Deutschland ist auf den Typus des unbeachteten, schlecht bezahlten, noch schlechter informirten, von den maßgebenden Kreisen ausgeschlossen „Literaten“ beschränkt geblieben; die Wenigen, die es weiter brachten, waren (von ganz vereinzelt, auf die Redaktionen größerer Zeitungen beschränkten Ausnahmen abgesehen) entweder literarische Geschäftsleute oder Affiliirte der Börse und der offiziellen Pressbureau, die literarisch nicht zählten; homines de lettres, wie die meisten anderen Länder sie kennen, hat es bei uns nie gegeben, wird es vielleicht niemals geben. Deutsche Journalisten sind entweder durch die Schüppigkeit des Redaktionsbureaus ermüdete Geschäftsleute, welche Ueberanstrengung um die Fähigkeit literarischen Schaffens gebracht hat, oder Ritter der Schere und des Rothschiffs, im günstigsten Falle Korrespondenten und Artikelschreiber, von denen das dreifache Quantum der Arbeit verlangt wird, welche in London, Paris, Brüssel oder Petersburg ausreicht, einen gebildeten Mann anständig zu ernähren. An der Spitze der geistigen Bewegung zu stehen, derselben ihren Gang vorzuschreiben, neue Phasen des politischen Lebens zu bezeichnen, die Initiative in der Hand zu haben — das hat unsere Presse nie vermocht, so bedeutend die Wirkungen auch sind, welche sie fortwährend übt. Vor wie nach 1836 und 1870 haben unsere Zeitungen, so zu sagen, im Nachtrab der Mode gestanden, Einflüsse verbreitet und verallgemeinert, die außerhalb ihrer speziellen Sphäre den Ursprung gehabt; in gewisser Rücksicht allmächtig, hat unsere Presse doch immer nur abgeleitete Wirkungen zu üben vermocht, wirkliche Impulse nie gegeben, dem Strom der öffentlichen Meinung kaum jemals neue Bahnen gewiesen, geschweige denn Halt geboten, die Ereignisse der großen Politik kaum in Ausnahmefällen berührt oder beeinflusst. Ueberreicht an Talenten, welche allen Gebieten menschlichen Könnens zur höchsten Zierde gereichen, besitzen wir keinen Tageschriftsteller im engeren Sinne des Wortes, der als solcher eine bleibende Stelle in der deutschen Literatur oder Staatsgeschichte erobert, in den vordersten Reihen der Gesellschaft Platz genommen hätte. Görres, der seiner Zeit die „künftige Großmacht“ genannt wurde, hat die ihm zugeschriebene hohe Bedeutung nie gehabt, Genz und L. Bucher sind nur während der ersten Hälfte ihrer Thätigkeit Journalisten gewesen und nachdem sie zu Staatsämtern herangezogen worden, journalistisch verstorben.



## Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 29. November.

V.

Präsident Graf Otto zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Regierungstisch wohnen derselben bei der Präsident des Oberkirchenraths Dr. Hermann und Ministerialdirektor Dr. Förster.

Der Präsident macht zunächst der Versammlung Mitteilung von der gestern Mittag 12 Uhr bei dem Kaiser stattgehabten Audienz. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und die Generaldebatte über die General-Synodalordnung fortgesetzt. Erster Redner ist der

General-Superintendent Dr. Möller (Magdeburg): Redner wendet sich namentlich gegen die Schlussbestimmungen der Vorlage, durch welche nach seiner Ansicht die Kirche gebunden werde; das möge wohl nach Wunsch des Protestantentums und auch vielleicht des Abgeordnetenhauses sein, er für sein Theil könne aber nicht die Hand dazu bieten. Die Schlussbestimmungen bringen ein tief eingreifendes und bedenkliches Novum in die Vorlage, das er nicht wünsche. Es wäre daher notwendig gewesen, daß der Oberkirchenrath gerade diesen Theil seiner Vorlage sehr sorgfältig motivirt hätte. Redner beklagt sodann den raschen Wechsel in der kirchlichen Gesetzgebung, den man ohne die zwingendsten Gründe vermeiden sollte. Was die Vermehrung des Laienelements anlangt, so sei ihm diese an sich nicht bedenklich; oder das ganze Volk sei nicht heilig und deshalb verlange er eine Schulung und Erfahrung im kirchlichen Dienste. Davon könne aber bei unserer Gemeindevertretung nicht die Rede sein, denn diese sei überhaupt nach ganz anderen Gesichtspunkten gewählt worden. Die Erfahrungen die man gemacht, seien nicht sehr erfreulich, denn es sei vorgekommen, daß die Gemeindevorsteher sich als selbstständige Korporationen neben dem Gemeindevorstand aufstellen versucht hätten. Sollte vielleicht die erhöhte Intelligenz unsere Kirche aufbauen? Zwischen Intelligenz und Intelligenz bestehe ein großer Unterschied (sehr richtig richtig); es gebe auch eine dämonische Intelligenz, die die Kirche zertrümmern wolle, auch eine humanistische Intelligenz, die lieber außerhalb der Kirche leben und sterben wolle. Wollte man diese zum Bau der Kirche heranziehen? Deshalb sei er nicht gegen das Laienelement, wohl aber gegen das unkirchliche Laienelement. Redner bittet zum Schluss, das Kirchenregiment möge die Schlussbestimmungen gänzlich zurückziehen und die Feststellung derselben der definitiven General-Synode überlassen, andernfalls aber wolle die Versammlung diesen Theil der Vorlage in recht ernster Erwägung nehmen. (Bravo.)

Pfarrer Kieckhöfer kann sich für die ganze Vorlage erklären, nachdem der Kaiser, wie schon früher bei der Synodalordnung, durch seine Kommissare ausdrücklich erklärt hat, daß die neue Ordnung der Dinge weder den Bekenntnisstand noch die Union berühren dürfe. Dieser Erklärung sollte ein Monument in der General-Synodal-Ordnung gesetzt werden, ein Monument des Friedens, an dem alle Anstöße gegen das Fundament der Kirche zerfallen müssen. In Bezug auf das Laienelement bemerkt Redner, daß er durch die Vermehrung desselben nichts für die Kirche fürchte. Er wolle die Interessen der Kirche dem Laienelement gern überlassen, aber das geistliche Element doch nicht ganz davon ausgeschlossen wissen. Er wolle die Arbeit theilen; den Laien gebühre die Arbeit des Kopfes, die Geistlichen mögen mit der Arbeit vorlieb nehmen: der Segen eines guten Gewissens zu sein.

Professor Dr. Frhr. v. d. Goltz (Bonn): Er werde häufig so dargelegt, als ob er seine Freunde es mit der Grundlage der Kirche nicht ernst nehmen. Er habe allerdings den Vorschlag gehabt, sich auf nichts einzulassen, was nicht mit der Aufgabe, die der General-Synode geworden, im Zusammenhang stehe; aber er und seine Freunde hätten auch gleichzeitig das Gelübde abgelegt, nichts in die Verfassung hineinzubringen, was in seinen Wirkungen den christlichen Charakter und seine evangelische Kirche irgendwie schädigen könnte. Die Herren von der Rechten mögen deshalb daran nicht zweifeln, daß ihm und seinen Freunden der christliche Grund und der evangelische Charakter der evangelischen Kirche nicht ebenso heilig sei, wie ihnen. Pastor Euen hat erklärt, es sei nicht die Absicht seiner Gesinnungsgenossen, die Einheit der evangelischen Landeskirche zu schädigen. Er wolle ihm glauben, aber dennoch sei er überzeugt, daß dieselben in ihren Wirkungen die Einheit der evangelischen Kirche schädigen müssen. Er fürchte nichts von einer Versammlung, in die Männer gewählt worden, welche ihr Gewissen und der Grund des Evangeliums bindet. Die Schlussbestimmungen anlangend, so sei die Verfassung für die Theologen allerdings sehr groß, eine bestimmte Ueberzeugung in entscheidender Stunde als Gewissensfrage zu behandeln. Aber bei der größten Mäßigkeit vor dem Gewissen Anderer, könne doch wo es sich um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung handle, wie eine Verfassung in ihren Wirkungen sein werde, nur von einer Zweckmäßigkeitfrage, nicht von einer Gewissensfrage die Rede sein. Wünschenswerth halte auch er die Schlussbestimmungen nicht, schon aus sachlichen Gründen. Nebenbei sei für ihn namentlich, daß schon jetzt, bevor noch die definitive General-Synode bestimmt ist, ein solcher Beschluß gefaßt werden solle. Er sehe in der Laienvertretung keinen Feind der Kirche, aber er halte die Gründe, welche der königliche Kommissar für die Aenderung der Provinzial-Synodalordnung angeführt, nicht stark genug, um denselben zuzustimmen. Redner wünscht, daß in die General-Synodalordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, in welcher der kirchliche Charakter des landesherrlichen Kirchenregiments selbst und der kirchliche Charakter der für die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten einsetzenden Organe sichergestellt werde. Präsident des Oberkirchenraths Dr. Hermann führt in längerer Rede aus, daß es sich bei der Vorlage lediglich um eine Zweckmäßigkeitfrage, nicht um die höchsten Ziele und Güter der Kirche handle. Er hoffe daher auch, daß es gelingen werde, die noch vorhandenen Hindernisse im Laufe der Verhandlungen zu beseitigen. Von den meisten Rednern sei ja auch anerkannt, daß der vorgelegte Entwurf eine ausreichende Basis bilde, um darauf weiter bauen zu können. Die Kirchenregierung werde die hier ausgeprochenen Ansichten sorgfältig prüfen und benützen, wie sie ihrerseits davon überzeugt ist, daß die Versammlung sich den Gründen nicht verschließen werde, welche in dem vorliegenden Entwurf geltend gemacht worden. In Bezug auf die Frage, ob der Entwurf die richtige Stellung zum Bekenntnis einnehme, habe er zu bemerken, daß derselbe das Bekenntnis intakt halte. Wenn darauf hingewiesen worden, daß es sich empfehle, in der General-Synodalordnung Vorzüge zu treffen, daß das Bekenntnis niemals Gegenstand der Synode sein dürfe, so sei das an sich zwar richtig, da bindende Beschlüsse über Glaubenssätze nur von einem Organ dekretirt werden können, welches für sich die Infallibilität in Anspruch nimmt, ein solches Organ kenne die ev. Kirche nicht. Aber trotzdem empfehle er die Annahme dieses Satzes nicht, weil er glaube, daß derselbe ein Quell sehr schwerer Verwirrungen werden, die General-Synode in vielen der allerwichtigsten Punkte zur Unthätigkeit verdammen und Veranlassung geben könne, daß der General-Synode in allen wichtigen Dingen die Kompetenz bestritten wird. Die Bedenken, daß durch den Entwurf die Freiheit und die Selbstständigkeit der Kirche nicht genügend gewahrt sei, halte er in seiner Beziehung für zutreffend. Wenn man die im § 5 al. 3 enthaltene Bestimmung, daß ein von der General-Synode angenommenes Gesetz zur Sanction dem Kaiser nicht eher vorgelegt werden dürfe, als nachdem der Kultusminister von Staatswegen nichts daran zu erinnern befunden, ein der Person des Königs nicht würdiges „Platz“ nenne, so müsse er doch sagen, daß diese Bestimmung gerade zur Wahrung der Würde des Königs getroffen sei. Der Vertreter des landesherrlichen Kirchenregiments dürfe nicht der Gefahr ausgesetzt werden, in Konflikt mit den Pflichten als Staatsoberhaupt zu geraten. Wenn der Kultusminister ein von der General-Synode ausgehendes Gesetz vor dessen Vorlegung an den Kaiser prüfe, werde es mäßig, eine event. Differenz zwischen dem Minister und den kirchlichen Behörden auszufragen in einer die Person des Königs nicht berührenden Weise, was aber nicht möglich wäre, wenn der Widerspruch nicht geltend gemacht wird, wenn die königliche Sanction bereits erfolgt ist. Auch die Kompetenz der General-Synode sei eng begrenzt, ihrer Legislative seien nur diejenigen Gegenstände überwiesen, welche ohne Zweifel der landes-

kirchlichen und nicht der provinzialkirchlichen Ordnung zu unterstehen haben. Wenn nun im § 8 gesagt sei, daß bei allgemeinen Aenderungen, welche die Liturgie oder die kirchlichen Bücher betreffen, die Provinzialsynoden nur „in der Regel“ gebirt werden sollen, so sprechen dafür ebenso juristische als praktische Gesichtspunkte. Wir leben der Hoffnung, recht bald die erste ordentliche General-Synode berufen zu können und auf derselben eine neue Ordnung festzustellen; es wäre nicht praktisch, wenn bei solchen Gelegenheiten erst die Provinzialsynoden befragt werden müßten. Und wie hier so könne man auch im § 17 absolut gar nichts von zentralistischem Zuge entdecken. Die vielen Bedenken gegen die Grundzüge hatten bei näherer Untersuchung ebenfalls keinen Bestand. Die angefochtene landesherrliche Ernennung von Synodalen sei durchaus unentbehrlicher organischer Bestandteil der Synode, da in der letzteren eben drei Faktoren: Laien, Lehrende und Regiment sich zu gemeinsamer Arbeit verbinden sollen. Es sei dies auch vollständig begründet, denn die ganze Synode beruhe darauf. Redner bittet zum Schluss die Vorlage nochmals genau zu prüfen und derselben im Großen und Ganzen zuzustimmen. (Bravo.)

Landrath Meibed (Solingen) würde es als ein großes Unglück halten, wenn die jetzige außerordentliche General-Synode, die berufen ist, über ein so großes Werk sich zu verständigen, auseinanderginge, ohne etwas zu Stande gebracht zu haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn der alte deutsche Satz: Das Bessere ist der Feind des Guten, auch hier wieder zur Geltung käme. Es sei nicht zu verkennen, daß dem Entwurf erhebliche Mängel anhaften. Er wolle indeß auf dieselben nicht näher eingehen, nur eines wolle er hervorheben, der Schwerpunkt des kirchlichen Lebens müsse in der Gemeinde ruhen und daraus schließe er, daß alle berechtigten Eigenhümlichkeiten der Provinzialsynoden, soweit sie nicht die Einheit der evang. Kirche beeinträchtigen, erhalten bleiben müssen.

Generalsuperintendent Dr. Wiesmann (Münster) erklärt, daß er vom einfachen pastoralen Standpunkt aus den Entwurf in vielen Stücken mit Freuden begrüßen könne, daß er viele Bestimmungen derselben aber für amendirbar halte. Die Bestimmungen, daß der Landrath sich in interne kirchliche Angelegenheiten mischen werde, theile er nicht, da die Vorlage, welche denselben zugehen wird, diese Angelegenheiten schwerlich berühren dürfte. Bei der Laienvertretung wünscht Redner, daß man nicht das Prinzip der Kopfschüttelung akzeptire, sondern daß man wirklich kirchlich gekannte Mitglieder berücksichtige.

In der weiteren Debatte sprechen noch Konfessionsrath Dr. Güh (Breslau) und Generalsuperintendent Dr. Schulte (Magdeburg). Letzterer wendet sich namentlich gegen die Schlussbestimmungen der Vorlage, die er weder für rechtlich zulässig, noch der Kirche förderlich, noch weniger durch die Lage der Gegenwart für geboten erachtet. — Nachdem sodann noch Unterstaatssekretär Dr. Sydow den Standpunkt der Regierung zu den Schlussbestimmungen genau präzisirt, wird die Generaldiskussion geschlossen. Es folgt die Wahl der Kommission für die derselben zu überweisende Abschnitte der Synodalordnung, worauf die Verhandlung auf morgen 11 Uhr vertagt wird. L. D.: Fortsetzung der ersten Beratung (Beginn der Spezialdebatte.) Schluß 4½ Uhr.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. November.

r. Die Eröffnung der Posen-Kreuzburger Bahn wird, wie wir mittheilen können, noch nicht am 1. Dezember d. J. stattfinden. Auf das Gesuch der Direktion der Eisenbahn um Genehmigung der Eröffnung hatte das Eisenbahn-Kommissariat zu Berlin dahin entschieden, daß diese Genehmigung davon abhängig gemacht werde, ob die oppelner Regierung ebenso, wie die posener Regierung, die Eröffnung befürworte. Nachdem nun gestern (Montag) die Strecke von Schildberg bis Kreuzburg seitens der oppelner Regierung in landespolizeilicher Beziehung bereit, und auch von jener Seite die Eröffnung der Bahn für statthaft erachtet worden ist, sind nunmehr nur noch einige technische Abänderungen in Betr. der Weichen auf mehreren Bahnhöfen vorzunehmen, um allen Anforderungen, welche seitens der beiden Regierungen zu Posen und Oppeln gestellt werden, Genüge zu leisten. Die Eröffnung der Bahn wird demnach frühestens Sonnabend, den 4. Dezember, wahrscheinlich aber erst Montag, den 6. Dezember stattfinden.

Der Bischof von Kulm Herr v. d. Marwig ist vom Kreisgerichte zu Br.-Stargard wegen Anstellung des Geistlichen v. Laszewski als Pfarrer in Plusniz ohne vorhergehende Anzeige beim Oberpräsidenten zu 2400 Mark eventuell sechsmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Da nun im bischöflichen Palais nichts mehr zu pfänden ist, so wird man beabsichtigt die Deckung der Strafsomme wahrscheinlich die Pacht des bischöflichen Gutes Reuhof mit Arrest belegen.

Präsident v. Rozmian hat sich nach Ablauf des ihm aus Gesundheitsrücksichten ertheilten Urlaubs gestern wieder im hiesigen Kreisgerichtsgewandlung gestellt. Seine Haft ist bekanntlich durch die verweigerte Zeugnisabgabe in Sachen der Exkommunikation des Propstes Rik veranlaßt.

r. Der Steckbrief, welcher vom kgl. Kreisgericht zu Pleschen hinter dem Vikar Hertmannowski erlassen wurde, ist neuerdings erneuert worden; ebenso der von dem kgl. Kreisgericht zu Wągrowitz hinter dem Vikar Wielcusiński aus Elcho erlassene Steckbrief.

r. Der Schüler Stan. Sliwinski, 11 Jahre alte, ca. 3½ Fuß groß, mit blonden Haaren und Narbe am Unterkiefer, bekleidet mit grauem Drill-Anzuge und Strohhut, hat sich am 7. August d. J. von hier entfernt und ist bisher noch nicht zurückgeleert.

— Zur Volkszählung. Auf eine Anfrage erklärt der hiesige „Diennit“, daß die Polen ein Recht haben, für die morgen stattfindende Volkszählung Bählarten in polnischer Sprache zu fordern und verlangt, daß seine Landleute die ihnen eingehändigten deutschen Bählarten entschieden zurückweisen.

r. Durch Kohlendunst ist ein Offizier der hiesigen Garnison in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung ums Leben gekommen; durch ein Versehen war die Ofenklappe zu frühzeitig geschlossen worden.

r. In Betr. des Nachtwachwesens haben Unterhandlungen zwischen dem Magistrat und dem kgl. Polizeipräsidium wegen Uebernahme auf den Staat geschwebt; doch haben dieselben nicht zu dem gewünschten Resultat geführt, da das Polizeipräsidium Anstand genommen hat, wegen der erheblichen Mehrkosten, welche das Nachtwachwesen, gegenüber den jetzigen der Stadt erwachsenden Kosten, dem Staate verursachen würde, höheren Orts die geeigneten Anträge zu stellen.

r. Von größeren Um- und Neu-Pflasterungen in unserer Stadt wurde im abgelaufenen Verwaltungsjahre angesichts des bevorstehenden Aufstiehs fast aller städtischen Straßen zu Kanalisations- und zum Theil auch zu Wasserleitungszwecken prinzipiell Abstand genommen und sind nur durchgreifende Reparaturen angeordnet worden, welche allerdings, wie auf der Linden-, Magazin-, Al. Gerber-, Gr. Gerber-, Mühlens-, Königsstraße, halbe Straßenviertel umfassen mußten. Nur die kurze Marktgasse zwischen Alten Markt und Friedrichstraße wurde unter Belegung mit Granitplatten und Granitrinnen völlig umgepflastert und durch Aufstellen von Pylonen von nun an nur für Fußgänger passierbar gemacht.

r. Der städtische Marktall, die Feuerlöschgeräthschaften, sowie die Marktbuden und städtischen Geräthschaften sind interimistisch, mit

Zustimmung der kgl. Polizeidirektion, in dem städtischen Grundstücke, Gr. Gerberstr. 34 (Ecke der Büttelstraße) untergebracht worden, nachdem der Seiten des Magistrats des Siebenwitten- und Hünftrauen-Stifts gegen die Stadtgemeinde auf Räumung des Stützgrundstücks angelegte Projekt zu Ungunsten der Stadtgemeinde entschieden worden. Die früher zur Aufnahme der Obdachlosen dienenden Räume dieses Grundstücks sind dem Marktschaffner Alsd als freie Dienstwohnung überwiesen worden. Für den Aufenthalt der Nachschaffmannschaften des Marktsalls wird die Errichtung eines Lokals noch vor Beginn des Winters erfolgen. — Der städtische Marktall besteht, wie im vergangenen Jahre, aus 13 Werden. Die Arbeiterkäfte des Marktalls werden zum größten Theile für die Straßenreinigung in Anspruch genommen, welche nach der Lokal-Polizeiverordnung vom 28. Februar 1873 seit dem 1. April dieses Jahres täglich stattfindet. Die tägliche Straßenreinigung, sowie der öftere Schneefall und das mehrfache eingetretene Tauwetter, sowie endlich der Umstand, daß die selber innerhalb der Stadt belegenden 3 Dünger-Abdecksplätze aufgegeben, und dafür dergleichen in Jeryce und am Verdychomer Damm eingerichtet werden mußten, haben die Straßenreinigungskosten wesentlich vermehrt. Wie in den Vorjahren, haben auch i. J. 1874 und im laufenden Jahre die Marktallgepanne im Winter die Straßenreinigung ordnungsmäßig nicht bewerkstelligen können, und mußten demnach Hilfsgepanne für den Betrag von 7833 M. (a 9 M. für den Tag und Gespann) und Hilfsarbeiter für 3551 M. angenommen werden. Die Marktallgepanne sind jedoch, soweit es die Straßenreinigung gestattete, auch zu verschiedenen anderen städtischen Zwecken; zum Transporte von städtischem Pflasterungs- und Baumaterial, von Brennmaterialien für die städtischen Gebäude, der Leichen aus dem Krankenhaus nach den Kirchhöfen, des Straßen Sprengwagens, der Feuerlösch-Geräthschaften bei Bränden und in Ausnahmefällen zu Militär-Vorposten verwendet worden.

— k. Im Verein der „Freunde der Wissenschaft und Geisteswelt“, der seinen Mitgliedern während des Winters wissenschaftliche Vorträge bietet, hielt am Sonnabend Abend Herr Dr. Rahmer von hier einen Vortrag über Schiller's „Sendung Moses“. Der Vortragende begann mit der Darlegung, daß der jüdische Volksstamm von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart herab ein Gegenstand der Beschredung seitens anderer Völker gewesen ist, ebenso wie das Judentum ein dem heidnischen Griechenland und Rom ein unüberbares Problem war. Es wurden dabei besonders die unrichtigen Auffassungen und absperrenden Urtheile hervorgehoben und ihr Grund im Nationalhaß gefunden. Als Beispiele führte Redner die Darstellungen des Aegypters Monetho und des römischen Geschichtschreibers Tacitus an, und besaßte, daß jene Auffassungen, welche er als Vorurtheile und Entstellungen charakterisirte, bis in die neuere Zeit herab Anhänger gefunden haben. Auch in der genannten Abhandlung Schiller's fand der Vortragende jene vorurtheilvolle, entstellende Auffassung und beleuchtete die Arbeit des Dichters von diesem national-religiösen Gesichtspunkte aus. Die Gegenwart habe durch gründliche Forschungen Schiller's wissenschaftliche Ansichten längst widerlegt, auch die Vorurtheile gegen Juden und Judentum zerstreut. Ueberdies hat Schiller selbst in einem Briefe an Körner späterhin sich über den Werth seiner Abhandlung: „Sendung Moses“ abfällig ausgesprochen und es bedauert, daß eine solche Arbeit aus seiner Feder geflossen. Es darf ferner auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Abhandlung auch viele warmempfundene und erhabene Äußerungen über die jüdische Religion und deren Stifter enthält. Keineswegs, so schloß der Vortragende, kann daher der Vorbeurtheilung des Dichters trotz seiner offensbaren Irrthümer in der besprochenen Arbeit um ein einiges Blatt verläßt werden, er war immer und wird immer der Rebling aller derer auch innerhalb des Judenthums bleiben, denen Sinn und Verständnis für das Große und Schöne seiner Dichtungen innewohnt.

r. Eine Mißgeburt. Vor etwa einer Woche wurde die Frau eines hiesigen Einwohners von einem Kinde entbunden, welches in vielfacher Beziehung mißgestaltet ist. Nase, Mund und Ohren erinnern an die entsprechenden Körpertheile einer Bulldogge; an der Nase sind die Löcher einwärts gerichtet, die Ohren sehen aus wie zugestutzt, und aus dem mißgestalteten Munde hängt die Zunge heraus; auch sind die Füße hundenartig gestaltet. Die Mutter soll etwa 8 Monate vor der Entbindung, um Ostern d. J., im Hellsinn über eine Bulldogge, die auf einer Treppentstufe lag, gestolpert, und darüber sehr erschrocken gewesen sein, so daß hier demnach der Fall eines sogenannten „Versehens“ vorläge. Falls die kleine Mißgeburt, die übrigens einen passablen Appetit entwickelt, nicht am Leben bliebe, wäre es vielleicht wünschenswerth, daß dieselbe zuvor ärztlich genau untersucht und eventuell an ein anatomisches Museum abgeliefert würde.

r. In der Wächterbude des Etablissements „Schilling“ bei Posen ist am Morgen des 2. November d. J. die Leiche einer unbekannten Frauenperson gefunden worden, welche 20–30 Jahre alt, ca. 5 Fuß groß war, dunkelbraunes Haar und über dem rechten Auge einen schwarzblauen Fleck hatte; sie war sehr ärmlich, mit einem bleich gefärbten Rocke und einem alten zerrissenen Lederhüchc. bekleidet.

r. 200 Mark Belohnung sind von der kgl. Regierung zu Posen für Entdeckung der Urheber des am 18. September 1875 auf dem Grundstücke des Gastwirths Schmidt zu Boms ausgebrochenen Brandes ausgesetzt worden.

r. In Betreff des Mordversuches in Glogau können wir noch Folgendes mittheilen: Die Art der Ausführung des Verbrechens läßt darauf schließen; daß dasselbe von einer in der Stadtapotheke (im Nieselschen Hause) sehr orientirten Persönlichkeit verübt worden ist. Von den Sachen des Verührungs Rühr, der an den davongetragenen Schädelerletzungen hoffnungslos darniederliegt, fehlt eine alte, ziemlich große, glatte Zylinderuhr mit stark abgenutztem Goldrande, gravirt und im Gehäuse mit den Nummern 29772 und 71858, sowie am inneren Gehäuseende mit dem Buchstaben R 28 versehen. An der Uhr befand sich eine goldene, kurze, dreifingerringförmige Kette mit blau emaillirtem Schieber, ein starker goldener Sicherheitsknoten, an diesem ein kleiner Schlüssel und endlich ein Medaillon in der Größe eines Bohnenpflügchens. Die dem Besitzer der Apotheke geraubte Summe von 5400 M. bestand in ca. 1500–1800 M. in Kronen und Doppelkronen, 50–60 Stück Fünfmarktscheine, 12 Hundertmarktscheine, 2 Thalerrollen zu je 50 Thlr., 3 Rollen mit 1/10, 1/20 und 1/40 Thalerstücken und in mehreren Rollen mit Reins-, Zwei-, Fünf- und Ein-Pennistücken, sowie in zwei Zinscoupons Nr. 8 Serie II für die Prioritäts-Obligationen Lit 9 der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft Nr. 3672 und 11299 über 11 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. und resp. 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., beide Coupons zahlbar am 1. Januar 1876. Wer die Ermittlung des oder der Thäter herbeiführt und den Verbleib des gestohlenen Gutes nachweist, erhält eine Belohnung von 300 M.

— Polizei-Bericht. Gefunden: 2 Sad Kleie und 1 leerer Sad auf der gurechiner Gasse ungefähr 3 bis 400 Schritt vor Mulackhausen vom Drohsentatser Nr. 52, Valentin Domagala, Al. Straße 2. 1 Hahn und 2 Hühner; von einem Soldaten in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. als herrenloses Gut auf der Polizei-Wache abgegeben. Nr. 39, 40 und 41 „Der Bazar“, illustrierte Damenzeitung, auf der Wilhelmstraße. Berloren: 1 silbernes Armband von Fr. Theresie Jacobi, Krämerstraße 11, bei Bachp. wohnhaft, am 20. d. M. Nachmittags auf dem Wege von Breslauer-Straße nach Friedrichstraße.

XX. Frankfurt, 29. November. [Stadtverordnetenwahl. Mißbrand und Lungenentzündung.] Bei den am 27. d. staatsgehabten Stadtverordnetenwahlen wurden gewählt in der 1. Abtheilung: Färbereibesitzer Blotner, Destillateur B. Fuchs und Realshullehrer Jorde; letzterer als Ersatzmann auf 2 Jahre; in der 2. Abtheilung: Gasthofbesitzer Sepner, Müllermeister A. Hildebrand und Müllermeister Karl Schulz; letzterer als Ersatzmann auf 2 Jahre; in der 3. Abtheilung: Färbereibesitzer Theodor Seimert und Schuhmachermeister Theodor Grubel. Die Theilnahme war diesmal eine regere als sonst. — Unter dem Hindrich des kürzlich wegen Mißbrand gekerperten Dominal-Vorwerks Klitscheret ist neuerdings auch die Lungenentzündung ausgebrochen.

d. Roschin, 28. Novbr. [Bezirkslehrerkonferenz.] Gestern fand in der Schule zu Galewo die erste katholische Bezirks-



Lehrerkonferenz unter Leitung des weltlichen Volksschulinspektors, Königl. Seminarlehrers Hr. Hiemer von hier und unter Theilnahme des zweiten weltlichen Volksschulinspektors Hr. Dr. Kappell statt. Die 13 kath. Schulen, welche unter der Volksschulinspektion dieser beiden Herren stehen, sind höherer Verfügung zufolge zu einem Bezirksverein vereint, während früher zur Zeit der geistlichen Volksschulinspektoren die betreffenden Parochien in der Regel einen Schulbezirk bildeten. Der Konferenz wohnten 12 Lehrer an.

**a. Kisten.** 29. November. [Kriegerverein.] Gestern feierte der hiesige Kriegerverein sein erstes Stiftungsfest, zu dem u. a. von eingeladenen Gästen, der Vorsitzende des Provinzial-Landwehrvereins Polizei-Präsident Staudy, dessen Stellvertreter Hauptmann Hieslorn aus Posen, sowie Deputationsmitglieder der Landwehr resp. Kriegervereine aus den umliegenden Städten und die Spitzen der hiesigen Behörden erschienen waren. Zum Empfang der auswärtigen Gäste fand Nachmittags fünf Uhr eine Abtheilung des hiesigen Vereins mit dem Musikchor des 2. Leib-Gularen-Regiments aus Posen an der Spitze, auf dem Perron des Bahnhofes bereit. Nach einem fröhlichen Willkommen, ordnete sich schnell der Festzug und mit der Musik an der Spitze setzte er sich durch die spärlich beleuchteten Straßen nach dem Schießhause in Bewegung. Dort angelangt, eröffnete eine Aufführung des Bundesliedes, vorgelesen von den Sängern des Vereins, das Fest. Hierauf reichte sich die Festrede des Vorsitzenden Kreisrichter Lieutenant Kugner, welche mit einem Hoch auf den Kaiser endete. Darauf folgte eine von Dilettanten mit dem besten Erfolge aufgeführte Theatervorstellung, die Ergebnisse aus der Zeit des Großen Kurfürsten bis auf den heutigen Tag darstellend. Hierauf schloß sich eine längere Rede des Polizei-Präsidenten Staudy und brachte dieser am Schluß ein Hoch auf den hiesigen Verein aus. Nachdem noch mehrere Hochs, auf den Polizei-Präsidenten Staudy und die einzelnen anwesenden Vereine ausgedrückt worden, erbeuteten Musik und Gesang die Festgenossen bis zur frühen Morgenjunde.

**b. Fischen.** 27. November. [Kreistag.] In vergangener Woche waren die Stände des hiesigen Kreises zusammengetreten. Sie unterwarfen die in Vorschlag gebrachten Ausgaben pro 1876 einer genauen Prüfung und genehmigten einstimmig mehrere Positionen. Unter Anderem wurde auch die verfallene Zulage des Kreis-Thierarztes in Höhe von 450 Mark für das kommende Jahr weiter bewilligt mit der Bedingung, daß letzterer die polizeiliche Beaufsichtigung der Vieh- und Fuhmärkte des Kreises ohne besondere Remuneration übernimmt. In Betreff der Amortisation der Eisenbahnanleihe wurde beschlossen, diejenige Summe festzustellen, welche mit den Zinsen und den ersparten Kreis-Dotationen dem Kreise zukommt, und ist alsdann diese Summe von den proponirten 45.000 Mark in Abrechnung und der Rest auf den Etat zu bringen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den Chausseebau Meßchen-Robolow. Es wurde hierbei von einer Seite behauptet, daß diese Chaussee längst gebaut werde, wenn in dem nordöstlichen Theile des Kreises deutsche Wägen wohnen.

**c. Samter.** 29. November. [Kreistag.] Am 25. d. tagte im Saale der „Vielde“ die Vertretung unseres Kreises. Auf der Tagesordnung standen 13 Gegenstände, die sämtlich zum Vortrage gelangten und erledigt wurden. In Betreff der Ausführung des Impfgesetzes vom 13. April d. J. wurde beschlossen, den Kreis in die Impfdistrikte 1. Samter-Dümitz, 2. Pinne, 3. Bronke, 4. Scharffenort zu theilen. Zu Impfarzten wurden ernannt die Herren: Kreis-Physikus Schaffranz Samter, Sanitätsrath Dr. Dames Pinne, Dr. Hohnsack Bronke und Kreis-Ärztin Laschle Oberfistlo und für dieselben als Honorar 1500 Mark ausgemessen. Die Kosten zur Beschaffung einer auf Grund der Kataster Karten zu fertigenden Spezialkarte des Kreises Samter wurden bewilligt, dagegen der Antrag des Vorstandes des zoologischen Gartens in Posen, seine Bestrebungen durch einen einmaligen oder jährlichen Beitrag fördern zu helfen, abgelehnt. Die von den Schülern inden des Kreises Samter aufzubringenden jährlichen Stellenbeiträge zu den Lehrer-Wittwen- und Waisen-Kassen werden auf die Kreis-Kommunallasse übernommen. Als Ständehaus wurde das in der Bahnhofstraße gelegene Blum'sche Grundstück für den Preis von 36.000 Mark erworben. In Betreff der Anschaffung der Geldmittel zur Vollendung der von dem Kreise beschlossenen Chausseebauten (Pinne-Hobelschyn) wurde beschlossen, mit den vorhandenen Mitteln im Betrage von 63.000 Mark und der noch zu empfangenden Staats- und Provinzial-Bäme vorläufig weiter zu bauen. Die Angelegenheit wegen Aufnahme einer Anleihe von 300.000 Mark konnte daher vertagt werden. Zum Schluß wurden die von Kommissionen vorberathenen Rechnungen pro 1874 bezichtigt, der Kreis-Kommunall-Etat pro 1876 und 1877 aufgestellt und verschiedene Kommissionen gewählt.

**d. Schmiegell.** 29. November. [Ein „junger“ Ehemann.] Ein hiesiger Bürger, welcher vor 3 Jahren seine goldene Hochzeit feierte, dann seine Ehehälfte verlor, hat vor Kurzem sich abtrübselt heirathet, welche hat das 80. Lebensjahr bereits hinter sich, nährt sich theilweise von Transport- und Voten-Gängen und, ist es ihm ein Leichtes die Tour von hier nach Lissa und zurück (etwa fünf Meilen) an einem Tage zurück zu legen. „Gehet hin und thuet dergleichen“ — ihr jungen Ehemänner!

**Bromberg.** 29. Novbr. [Waisenrätthe. Landwehrverein.] Tod im Ballsaal! Mit dem 1. Januar. l. J. tritt die neue Vormundschafts-Ordnung in Kraft. Nach derselben sollen für jede ländliche Ortschaft und für kleinere, welche zu Bezirken zusammengeleget werden, Waisenrätthe gewählt werden. Die hiesige kgl. Regierung hat an die Anwartschämter und Magisträte Anweisung ergehen lassen, mit der Befehlung von qualifizierten Gemeindevorsteher in Waisenrätthen vorzugehen, damit die neue Vormundschafts-Ordnung keinen Verzug erleidet. Im hiesigen Kreise sind keine Bezirke eingerichtet worden, es erhält jede Ortschaft deshalb ihren Waisenrath. Auch an den hiesigen Magistrat ist eine derartige Verfügung ergangen. Am Sonnabend haben in Folge dessen bereits darauf bezügliche Verhandlungen mit hiesigen Vertrauensmännern stattgefunden. Für die Mitglieder der Schützen-Kompagnie des bromberger Landwehr Vereins fand am vergangenen Sonnabend im Kaiserlichen Saale ein geselliges Zusammen-sein statt. Dasselbe war überaus zahlreich besucht und wurde durch eine Theatervorstellung eröffnet, der dann ein Tanz folgte. Unter den Ehrengästen bemerkten wir u. A. den Herrn Kreis-Präsidenten v. Weanern, Herrn Oberst, Rittergutsbesitzer v. Born-Sienno u. c. Leider wurde das Fest durch einen überaus traurigen Vorfall gestört, indem die Schwester des Kameraden Petersdorf plötzlich todt vom Stuhle fiel. Das in voller Jugendkraft blühende Mädchen war vom Schlag gerührt worden und wurde als Leiche aus dem Saale getragen.

**J. Znowrazlaw.** 28. November. [Kammer-Vertrag.] Der Entwurf zum Kammervertrag für die hiesige Stadt pro 1876, der gegenwärtig zur Einsicht ausliegt, liegt in Einnahme und Ausgabe mit 78.121 Mark ab. Die einzelnen Titel gestalten sich dem diesjährigen Etat gegenüber wie folgt: Bei der Einnahme belaufen sich die Befähigten und unbefähigt ein Gefälle wie die Zehnpachten, gleich dem laufenden Jahre, auf 7932 Mark. Die Summe der direkten Repartitionsbeiträge ist mit 70.159 Mark angegeben; im laufenden Jahre 62.225 Mark, also pro 1876 mehr 7964 Mark. Diese Beträge vertheilen sich nach dem Repartitions-Tarif und der Einkommens-Einschätzung folgendermaßen: a) von den einheimischen und auswärtigen steuerpflichtigen Nichtbeamten 59.310 Mark; b) von den b-f-i-n Beamten 4368 Mark; c) von der Bahnstation Znowrazlaw 2805 Mark; d) von dem Salom 1320 Mark; e) von den Zensiten inkl. Beamten von Großwo und Bahnhof 2700 Mark. Bei der Ausgabe ist folgende Veränderung resp. Mehrausgabe gegen das laufende Jahr ersichtlich: 1. Zuschuß zur Unterhaltung der Elementarschulen 18.811 Mark; 1875: 17.911 Mark, also Mehrausgabe 900 Mark. In den Motiven hierzu wird auf den Schulauftrag pro 1876 Bezug genommen und bemerkt, daß hierbei auf die Anstellung eines Direktors mit einem Gehalt von 1800 Mark und Wohnungszuschuß mit 360 Mark Rücksicht genommen ist, welche umförmiger zu um eben sein dürfte, als die Regierung bereits seit 2 Jahren die Anstellung eines 5. Lehrers an der eh. Elementarschule urative. 2. Zur Unterhaltung von Feuerlöschgeräthschaften 1620 Mark, 1875: 600 Mark, also mehr 420 Mark, was mit der Inkommunalfürung

von Großwo motivirt wird. 3. Zur Straßenbeleuchtung 3300 Mark, 1875: 1800 Mark, also mehr 1500 Mark, welche durch die in Aussicht genommene Gasbeleuchtung erwachsen. 4. Zur Erneuerung der Straßen-Schulden sind 180 Mark neu angelegt. 5. Zur Pflasterung der Kom-biner Straße sind 2250 Mark pro 1876 mehr etatirt, während für die sonstige Pflasterung gleich 1875 der Betrag von 1500 Mark besteht. In den Motiven wird diese Mehrausgabe auf ein Uebereinkommen mit Herrn Dr. v. Wilkowitz zurückgeführt und gerechtfertigt. 6. Für Großwo und Bahnhof wird die Anstellung eines neuen Polizei-Sergeanten mit 888 Mark und eines Nachtwächters mit 279 Mark, sowie für mehrere Kommunalbeamte werden Wohnungszuschüsse im Gesamtbetrage von 1179 Mark etatirt resp. befristet und durch die jetzt bestehenden Verhältnisse begründet. Hierdurch entsteht, wie oben bemerkt, pro 1876 eine Mehrausgabe von 7964 Mark, welche in ihren einzelnen Titeln ausführlich nachgewiesen und begründet ist.

**# Von der polnisch-russischen Grenze** wird uns geschrieben: Seit einigen Jahren sind von Russland transito durch Preußen jährlich ca. 4—5000 Fuß Spiritus ausgeführt worden. Dabei haben aber die Spediture in Slupce, der nächsten russischen Stadt von hier, mit Wissen der Revisoren und Beamten der russischen Kammer bedeutende Defraudationen verübt. Dies ging so fort, bis ungefähr vor 3 Monaten die ganze Sache angelegt wurde. Der Schreiber eines Revisors aus Konin, ein gewisser S., der auch von den Betrügereien wußte, aber nie etwas von den Spedituren erhalten hatte, ging zu mehreren Defraudanten und verlangte von ihnen für seine Verschwiegenheit 3000 Rubel. Da aber die Spediture diesem Verlangen nicht nachkam, so fuhr S. nach Kalisch und zeigte den ganzen Schwindel der Behörde an. In Folge dieser Denuntiation wurden sofort in Slupce die 4 Spediture entlassen, 3 Beamten von der Kammer gefänglich eingezogen und selbst der Direktor hat eine Strafverfolgung erfahren, obgleich dieser nach Angabe des Denuntianten S. nicht theilhaftig gewesen ist. Aber auch für die 3 Spediture J. P. S. hatte die Angelegenheit Folgen; denn auch diese wurden verhaftet und nach Kalisch geführt. Dasselbe Loos traf die beiden Kaufleute J. und W. aus Konin, die der Theilnahme beschuldigt wurden. Auch ein hiesiger Kaufmann soll dabei Verluste erlitten haben, indem er Geld per Kautio vorgeschossen und ein Theil für ihn verloren gegangen ist. Er wagt jetzt die russische Grenze nicht zu überschreiten, weil er befürchtet, verhaftet zu werden. Der Bürgermeister in Slupce, der dem hiesigen Kaufmann einen Theil der Kautio herausgegeben hat, ist in Folge dessen ebenfalls seines Amtes entsetzt worden. Obgleich die Untersuchung mit der größten Energie betrieben wird, und obgleich schon eine Kommission von 10 Personen aus Petersburg in Slupce, Konin und Kalisch war, um genaue Untersuchungen vorzunehmen, ist doch bis jetzt noch nichts Bestimmtes über die Sachlage der Dinge zu erfahren. Dies ist erklärlich, da die Unterschleife in kaum glaublicher Massenhaftigkeit vorliefen. Es kam nicht selten vor, daß ein Transport als ausgegangen bezeichnet wurde, der jenseits im Lande verblieb. Man schätzt die Höhe der Summen, welche dem Staate durch Steuerbegünstigungen betrügerischer Weise entzogen wurden, auf einige Millionen Rubel. Die Angelegenheit ist so verwickelt, daß es den Beamten aus Petersburg sehr schwer wird ein genaues Resultat festzustellen, obgleich die Vernehmungen der Zeugen mit großer Vorsicht und des Nachsicht stattgefunden haben. Es ist noch gar nicht abzusehen, wie weit die Produzenten zur Strafe werden herangezogen werden, weil diesen die Defraudationen bekannt waren.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Berlin, 28. November.** Der letzte Akt eines erschütternden Familienromans spielte sich gestern vor dem Stadtschwurgerichte ab. Am 22. Februar d. J. starb der Kaiser Hofst und ließ seine Frau nach achtjähriger Ehe mit drei Kindern zurück, dem 13jährigen Max, der 10jährigen Marie und der 5jährigen Elisabeth. War das Fortkommen der Familie schon bei Lebzeiten des Mannes ein kümmerliches, so kam die alleinlebende Frau, in der Sorge um die Kinder, vollends zurück. Sie bezog mit ihrer Mutter, einer Waischen, und ihrer Schwester, die den Tag über außer dem Hause beschäftigt war, ein kleines Quartier in der Prenzlauerstraße 56, aus Stube, Kammer und Küche bestehend, und nähte für ein Kleidergeschäft. Aber der Verdienst reichte nicht für die Bedürfnisse der Familie hin, endlich hörte er ganz auf, und nun versuchte die Frau durch Nähen an der Maschine ihr Brot zu verdienen, was ihr jedoch nicht in wünschenswerthem Maße gelang. Die sonst heitere und lustige Frau, die an ihrem Mann mit zärtlicher Liebe gehangen hatte, wurde von Tag zu Tag schwermüthiger, ihr einziger Trost bestand in Thränen und wiederholt unterhielt sie sich mit ihrer Mutter von der Katastrophe des Zimmermeisters Wankel, der aus Nahrungsorgen seine Familie mit Kohlendunst vergiftete. — Mitte Juli war der Jammer aufs höchste gestiegen, der Kredit war erschöpft, die letzten entbehrlichen Sachen verlegt, das Geld bis auf wenige Silbergrößen verzehrt. Als am Abend des 22. Juli gegen 7 Uhr die Schwester der Wittve von der Arbeit nach Hause zurückkehrte, hörte sie aus der Stube her ein verdächtiges Räuseln; befürt öffnete sie die Thür und sah zu ihrem Entsetzen die Schwester auf dem Fußboden, die Kinder in den Betten liegend, alle vier Personen sauer gewaschen und mit reiner Wäsche bekleidet. Der kleine eiserne Ofen in der Stube, der gewöhnlich in der Küche als Kochherd diente, der seine Dunst in der Stube deutete genugsam an, was geschehen. Auf den Giebel des jungen Mädchens eilten die Nachbarn herbei. Sie fanden das älteste und das jüngste Kind todt vor, die Mutter und das zweite Kind lebten noch; letzteres verlorb trotz ärztlicher Pflege noch im Laufe der Nacht. Die Mutter wurde bis zum 2. August in der Charité behandelt, um sozann unter die schwere Anklage des Mordes gestellt zu werden. — Die Angeklagte Marie Luise Auguste Hofst, geb. Bergner, ein ärmlich gekleidetes Weib von 28 Jahren, dem Gland und Gram ihren harten Stempel in das früher wohl nicht uneheliche Gesicht drückten, erzählte den Geschworenen in herzergreifender, von Thränen unterbrochener Rede ihr schmerzliches Geschick. Sie habe nicht mehr ein und aus gewußt, Mutter und Schwester hätten sie vor dem geringen Verdienste unterstützt und das habe ihr erst recht das Herz abgedrückt. Am Morgen des 22. Juli sei ihr der Entschluß gekommen, sich das Leben zu nehmen; Nachmittags gegen 3 Uhr habe sie den eiserne Ofen in die Stube geschleppt, für das letzte Geld Holzkohlen geholt und dieselben angezündet. Als ihr schon etwas schwindlig geworden, sei ihr Blick auf die Kinder gefallen, einer plötzlichen Eingebung folgend, habe sie dieselben schnell gewaschen, rein angezogen und zu Bette gebracht, „um sie mit sich ins Jenseit zu nehmen.“ Dann habe sie sich über die brennenden Kohlen gebeugt und den Dunst so lange eingeathmet, bis ihr die Bewußtsein schwand. — Von dem Präsidenten darauf ausverksam gemacht, daß sie vor dem Untersuchungs-Richter eingekannt habe, schon längere Zeit den Gedanken mit sich herumgetragen zu haben, sich und die Kinder zu tödten, versicherte die Angeklagte, damals die Unwahrheit gesagt zu haben, in der Hoffnung, sie werde hingerichtet und auf diese Weise mit ihrer Familie wieder vereinigt werden. — Die Beweis-aufnahme hat nur insofern Interesse, als der unglücklichen Mutter von allen Seiten das glühende Zeugnis ausgestellt wurde. — Die Geschworenen gaben nach längerer Beratung ihr Verdict dahin ab, daß die Angeklagte schuldig sei, ihre drei Kinder vorfänglich getödtet zu haben, daß jedoch nicht erwiesen sei, sie habe die That mit Ueberlegung begangen. Außerdem bewilligten die Geschworenen der Angeklagten mildernde Umstände. — Das Urtheil des Gerichtshofes lautete demzufolge wegen Todtschlaes auf zwei 3 Jahre Gefängnis.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Das Amt des Vormundes, Gegenvormundes, Pfl-gers, Waisenraths u. c. Eine populäre Darstellung der P. euf. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875. Von E. Christiani, Amtsrichter. Berlin, Verlag von J. Gutentag. Preis M. 1, 60. Die vorstehende Schrift befaßt sich nicht auf einen Abrud des Gesetzes, sondern der Herausgeber hat es versucht, die neue Vormundschaftsordnung für das Laienpublikum in einer übersichtlichen Darstellung zu popularisiren. In einem Anhang sind Formulare für

Güterverzeichnisse und Vormundschaftsrechnungen sowie ein Abrud der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 beigegeben. Am Schluß befindet sich ein vollständiges Sachregister.

### Staats- und Volkswirtschaft.

**\*\* Rumänische Eisenbahn-Aktiengesellschaft.** Am Sonntag hat nunmehr die Sitzung des Aufsichtsraths stattgefunden, in welcher, wie wir schon mitgetheilt haben, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung Zweck Beschlüßfassung über einen event. Verkauf der Bahnen an den Staat auf den 11. Dezember beschlossen wurde. Inzwischen hat der Geschäftsträger Rumäniens in Berlin Creulesco, den Gesellschaftsvorständen ein ministerielles Schreiben übermacht, in welchem denselben mitgetheilt wird, daß auf eine nochmalige Aufnahme der Verhandlungen auf früherer Basis, d. h. auf die Einräumung eines Darlehens nicht eingegangen werden könne. Dagegen weist das betr. Schreiben darauf hin, daß Verhandlungen auf neuer Basis mit der Regierung zu eröffnen seien. Es bezieht sich dieser Passus auf die bisher geführten, rein konfidentiellen Verhandlungen, die in ein formelles Stadium erst dann treten können, wenn die Generalversammlung ihr Votum abgegeben hat. Es ist ja kaum als zweifelhaft anzusehen, wie dieses Votum ausfallen wird, schreibt der „B. V. Z.“. Nach Gelingen der ob erwähnten Verhandlungen würden die Inhaber von Stammaktien der rumänischen Bahn dieselben in Titres einer rumänischen Rentenleihe oder eines zu amortisirenden Staatsanleihepapiers verwandelt sehen, die eine feste Verzinsung von annähernd demselben Betrage ergeben würde, der im letzten Jahre als Dividende für die Aktien festgesetzt wurde, während der Besitz der Stammprioritätenbesitzer ebenfalls in ein solches direktes Staatspapier verwandelt werden würde, der den Vorzug leichter Veräußerlichkeit mit einer gleich hohen Rente verbinden würde. Wie man bemerkt haben wird, enthält die Thronrede, mit welcher Fürst Karl vorgehert die Kammern eröffnet hat, noch nichts von einer bevorstehenden Regelung der Eisenbahnfrage in dem angedeuteten nationalen Sinne. Es ist das durchaus begründet in dem oben besprochenen Stadium der vorläufig noch konfidentiellen Behandlung der Angelegenheit.

### Vermischtes.

\* Von Hrl. Elise Heffels, der Vielgenannten, ist, wie bereits gemeldet, jetzt in Wiesbaden die Bivallage gegen den Präsidenten v. Wurmb eingeleitet worden. Der Verlauf dieses Bivallprojekts wird sich wesentlich von dem eines Kriminal-Verfahrens unterscheiden. Namentlich wird der Zeugenvernehmung ein weit größerer Raum gewährt werden. Es wird, schreibt die „Volks-Ztg.“, mäßigweise der Klägerin, der überhaupt jeder weitere Schritt für ihre Sache durch ihre gänzliche Mittellostigkeit sehr erswert wird, nicht ganz leicht werden, eine ganze Anzahl namentlich von denjenigen Zeugen, deren Vernehmung bei dem bisherigen zweifeligen Kriminal-Verfahren verweigert worden ist, wieder aufzufinden und zusammenzubringen, wobei, wie die Klägerin hofft, vielleicht auch auf diejenigen eigenthümlichen Umstände einiges aufklärende Licht fallen könnte, unter welchen mehrere Entlassungs-Zeuginnen gänzlich aus Berlin verschwunden sind, und zwar so, daß ihr anderweitiger Aufenthalt selbst ihren Angehörigen nicht bekannt war. Die nunmehrige Klägerin wird sich zum Theil darauf verlassen müssen, daß mehrere für Aufklärung der Sache sehr wichtige Zeugen sich von selbst wieder melden.

\* Eine eigenthümliche Erscheinungsform von Trichinen wird aus Martinsberg, Kreis Habelschwerdt, gemeldet. Der Gastwirth L. daselbst ließ ein frisch geschlachtetes Schwein durch den Fleischbeschauer vorchriftsmäßig untersuchen. Noch bevor dieser aber das Mikroskop ansetzt, kommt ihm unter den Eingeweiden ein Darm ganz eigenthümlich vor. Er unterzieht denselben einer genaueren Inspektion und findet, daß er von Myriaden vollständig ausgebildeter Trichinen wimmelt. Das Eigenthümliche bei der Sache aber ist, daß eine fernere Untersuchung des Muskelfleisches als Resultat ergab, das letzteres vollständig frei von Trichinen war, eine Erscheinung, die um so auffallender ist, als man bis jetzt allgemein der Ansicht war, daß diese Schmarogertierchen nur im Muskelfleisch ausgebildet vorkämen, weshalb bisher nur dieses fleischbeschaulich untersucht zu werden pflegte.

### Briefkasten.

**N. in B.** Sie haben ganz Recht. Strouberg war noch vor Jahr und Tag als Besitzer des auf den Namen seiner Frau, Marie Anna, eingetragenen Gutes Tarnowo im Kreise Posen Posthalter in Tarnowo und hatte die Postverbindung zwischen dort und Pinne zu besorgen. Als das Gut in anderen Besitz überging, wurde Strouberg die hinterlegte Kautio von der hiesigen Postbehörde zurückgefordert. Ein Posthalter ist übrigens kein Beamter, diese Eigenschaft besitzen aber die von ihm engagierten Postillone, allerdings nur während der Zeit, wo sie im Dienste sind.

### Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 30. November.** Der Reichstag setzte die zweite Lesung des Etats fort und genehmigte den Etat der Eisenbahnverwaltung und der Reichsschuld ohne wesentliche Debatte. Der Antrag Schulze-Delitzsch auf Gewährung von Väten wurde in erster und zweiter Lesung erledigt und bei Namensabstimmung mit 171 gegen 58 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

**Berlin, 30. November.** Die Generalynode nahm in der Spezialberatung der Generalynodalordnung den § 1 mit einigen Modifikationen, womit Präsident Herrmann einverstanden war, an und verwies die §§ 2 und 3 an eine Kommission, um dieselben mit den Schlußbestimmungen der §§ 38 bis 41 zusammen zu beraten. § 4 wurde nach Ablehnung sämtlicher Abänderungsvorschläge nach längerer Debatte in der ursprünglichen Fassung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

**Berlin, 30. November.** Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff konferirte heute Nachmittags von 1½ bis 2½ Uhr mit dem Fürsten Bismarck im auswärtigen Amte und besuchte dann den Botschafter Prinz Reuß. Fürst Bismarck wurde um 4 Uhr vom Kaiser empfangen. Gortschakoff kehrt heute Abend nach Petersburg zurück.

**Konstantinopel, 30. November.** Eingegangenen Nachrichten zufolge hat der Dampfer Trebizonda vorgestern Nacht bei Barna Schiffbruch gelitten. Die Passagiere sollen gerettet, das Schiff verloren sein.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wafner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Neueste Erfindung!

Dr. Jaengerle's Patent-Hydro-Petrol-Lampen. Alleiniges Depot dafür bei H. Klag, Posen, Breslauerstr. 38. Preislisten und Beschreibungen franco und gratis





**Bekanntmachung.**

Die Erbauung von

**3 Baubureau-Gebäuden**

in Fachwerk in der Nähe der Dörfer Gurzyn, Junikowo und Terzycze incl. Lieferung aller dazu nötigen Materialien soll im Wege der Submission verbunden werden, wozu Termin auf

**Montag,****den 13. Dezember 1875****Vormittags 10 Uhr**

im Bureau der Festungs-Bau-Direktion, Kanonenplatz 1, hiermit anberaumt wird. Die Bedingungen sind ebendasselbst in den Dienststunden einzusehen resp. gegen Erstattung der Kopialien zu beziehen.

Posen, den 29. November 1875.

**Königliche Festungs-Bau-Direktion.****Bekanntmachung.**

Die Lieferung der Fournage für die Pferde der innerhalb des Dornitzer Kreises und zwar zu Mur. Goslin, Dornitz, Rogajen, Ritschenwalde und Polajewo stationierten berittenen Königl. Gendarmen soll für das Jahr 1876 im Wege der Submission beziehungsweise des Mindestgebotes verbunden werden.

Die Lieferungs-Bedingungen können in meinem Amtsbureau während der Dienststunden eingesehen auch gegen Erstattung der Schreibgebühren in Abschrift erteilt werden.

Etwasige Submissions-Offerten sind mir bis

**Dienstag, den 7. Dez. cr.,****Vormittags 11 Uhr,**

versenden mit der Aufschrift:

Anerbieten zur Lieferung von Gendarmen-Fournage für das Jahr 1876

versiegelt und frankirt einzureichen.

In dem gedachten Termine, welcher in meinem Amtsbureau hierseits stattfindet, wird die Eröffnung der Offerten in Gegenwart der erschienenen Bieter erfolgen und erforderlichen Falls noch eine Revision abgehalten werden.

Die schriftlichen Offerten sowie Vorkaufs-Gebote für die Lieferung der Fournage (Sattel, Zeug und Stroh) sind nach Gentnern zu 50 Kilogramm abzugeben.

Dornitz, den 25. November 1875.

**Königlicher Landrath.****Bekanntmachung.**

des Termins zur Prüfung mehrerer erst nach Ablauf der bestimmten Frist angemeldeten Forderungen.

Konkursordn. §. 176, Infr. §. 30.

Zu dem Konurse über das Vermögen des Kaufmanns **Adolph Schulz**

zu Kosten haben die nachbenannten Gläubiger nachträglich Forderungen ohne Vorrecht angemeldet und zwar:

1. Heymann, Salo u. Eduard, Kaufleute, Inhaber der Handlung Gebr. Heymann in Breslau 130,63 Mk. nebst Zinsen,

2. Louise Gau, vorm. Adolph Richtenfeld in Berlin 112,23 Mk.,

3. Heinrich Weigand in Berlin 53,70 Mk. nebst Zinsen und Kosten,

4. Kaufmann Samuel Brall in Lissa 31,35 Mk.,

5. A. C. Franke in Kosten 279 Mark,

6. Handlung Maruse et Söhne in Berlin 344,38 Mk. nebst Zinsen,

7. Kaufmann Alb. Süßbach in Breslau 211,38 Mk.,

8. der Frachtfuhrmann Joseph Schmidt in Kosten 67,5 Mk.,

9. der Kaufmann Louis Klein in Berlin 95,60 Mk.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist auf

**den 20. Dezember cr.,****Vormittags 10 Uhr,**

vor dem unterzeichneten Kommissar im neuen Gerichtsgebäude anberaumt worden die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Kosten, den 18. November 1875.

**Königliches Kreisgericht.****I. Abtheilung.**

Der Kommissar des Konkurses.

**(gez.) Weiskner.****Bekanntmachung.**

Die dritte Lehrerstelle an der hiesigen evang. Elementarschule, mit welcher ein jährliches Einkommen von 725 Mark nebst freier Wohnung verbunden ist, wird am 1. Januar fut. vacant.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis zum 15. Dezember c. bei uns melden.

Chodschew, den 16. November 1875.

**Der Magistrat, evang. Schul-****vorstand.****60 Stück Puten**

zum Verkauf. **Kybn** von Kistkows.

**v. Zablocki.**

Bei der in Gemäßheit des Allerhöchsten Privilegii vom 5. Juli 1867 heute erfolgten Auslosung von Obligationen der Stadt Krotoschin sind folgende Nummern gezogen worden:

Littr. A. Nr. 29. 101. 120. 181. 205. 251. 270.

= 7 Stück a 300 M.

Littr. B. Nr. 64. 92. 98. = 3 Stück a 150 M.

Littr. C. Nr. 3. 17. 37. 45. 50. 68. 154.

= 7 Stück a 75 M.

Die Inhaber dieser Obligationen werden aufgefordert, den verbriefenen Kapitalbetrag gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibung nebst Coupons Ser. II. Nr. 8 bis einschließlich 10 und Talons vom 2. Januar 1876 ab bei unserer Kassastelle in Empfang zu nehmen.

Mit dem Schlusse dieses Jahres hört die Verzinsung der ausgelosten Obligationen auf.

Es sind noch nicht präsentirt worden aus der Verlosung:

des Jahres 1873: die Obligationen Littr. A. Nr. 247,

Littr. C. Nr. 83;

des Jahres 1874: die Obligationen Littr. B. Nr. 83

Die Inhaber dieser Obligationen werden wiederholt aufgefordert, den Kapitalbetrag derselben zur Vermeidung weiterer Zinsverluste gegen Rückgabe der betreffenden Obligationen nebst Zinscoupons, und zwar bezüglich der Obligationen aus dem Jahre 1873 Ser. II. Nr. 4 bis einschließlich 10 und Talons und der Obligationen aus dem Jahre 1874 Ser. II. Nr. 6 bis einschließlich 10 und Talon bei der Kassastelle zu erheben. Der Betrag etwa fehlender Coupons wird vom Kapitale abgezogen.

**Der Magistrat.****Stok,****Beigeordneter.**

In unser Firmenregister ist unter

Nr. 121 die Firma

**Hugo Wiener, vorm. A. Wertheim**

zu Wollstein

und als deren Inhaber der Kaufmann

**Hugo Wiener zu Wollstein** zufolge

Verfügung vom heutigen Tage eingetragen worden.

Wollstein, 20. November 1875.

**Königliches Kreis-Gericht.**

**Erste Abtheilung.**

W naszym rejestrze firmowym zapisano dzisiaj pod Nr. 121 firmę

**Hugo Wiener, dawniej A. Wertheim**

w Wolsztynie

i jako właściciela tejże kupca **Hugo**

**Wiener w Wolsztynie** na mocy roz-

porządzenia z dnia dzisiejszego.

Wolsztyn, 20. Listopada 1875.

**Król sąd powiatowy.**

**Wydział pierwszy.**

**Mein Militair-Leinen- und Calicot-Fabrik-****Lager befindet sich nach wie vor****Herrenstraße Nr. 24.****Herrmann Vogt.****(H. 23521.)****Breslau, den 25. November 1875.**

Ein Kottes, der Mode nicht unterworfenen Fabrikgeschäft, sucht zur Vergrößerung desselben einen Theilnehmer mit 10-15,000 Thlr. Offerten sub D. 2429 an Rudolf Mosse, Breslau.

Zwei Pferde, 1 Arbeitswagen, 1 Pflug, 1 Kuhstall, 2 Bug. weisse Gartenstühle, 100 Scheffel weisse Gartenerbsen sind umzugsbalber sof. z. verk. in St. Domingo bei Posen.

**L. Böhl.**

**Zur Ball-Saison**

empfehle ich mein großes Lager von **Pariser Ball-Roben, Tarlatans, Mulls, Batisten, Satins** etc. in allen Farben sowie **Ball-Coiffuren und Blumen-Garnituren** jeden Genres einer geeigneten Beachtung. **Ball-Toiletten nach Pariser Mode-Journalen** werden in kurzer Zeit zu soliden Preisen arrangirt.

**Leopold Basch.**

57. Markt 57.

Ein großer, wenig gebrauchter **Reisepelt** (Wolltragg) ist billig zu verk.

**W. Lewin, Wallischei 91.**

**Kalte Füße heißt Tod,**

**Warme Füße heißt Leben.**

Das Beste, um dauernd warme und trockene Füße zu erhalten, sind **Stiefel und Schuhe mit Holzsohlen.**

Dieselben sind für Herren, Damen und Kinder nur allein zu haben in den Niederlagen von

**Mannheim Wolffsohn,**

Markt 64 u. Kränzelsasse 8.

**Großer**

**Weihnachts-Ausverkauf**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt die Mode- und Manufaktur-

waren-Handlung von

**Falk Karpen,**

Markt 87.

**Schlittschuhe!**

Amerikaner und Holländer für Damen und Herren empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen (W. 250)

**Michaelis Basch.**

52. Markt- und Wasserstr. Ecke 52.

**Gutes**

**Stettenwurzöl,**

bekannt als das beste Mittel, den Haarauswuchs zu befördern und das Ausfallen der Haare zu verhüten. Preis a Flacon 75 Pf. Vorräthig bei

**Posen. J. J. Heine,**

Markt 85.

**4 fette Schweine**

zum Verkauf. **Junikowo** bei Posen.

**Geldschänke** jeder Größe, billige Preise, H. Goldberg, Comtoir u. Lager, Berlin, Neue Friedrichstr. 71. Zeichnung gratis.

Inowrazlaw, den 1. Dezember 1875.

Hierdurch erlaube mir die ganz ergebene Anzeige zu machen, daß die hiesige

# Maschinenfabrik und Eisengießerei

## des Herrn Ed. v. Schkopp

mit dem heutigen Tage durch Kauf in meinen Besitz übergegangen ist.

Es wird mein Bestreben sein, alle Aufträge durch prompte Lieferung, gute Arbeit und billige Preise zur Zufriedenheit der Herren Besteller auszuführen. Langjährige Praxis und die Vergrößerung meiner Fabrik setzen mich in den Stand, allen an mich gestellten Anforderungen zu genügen und übernehme ich nicht allein den Bau landwirthschaftlicher Maschinen, sondern auch sämtliche in mein Fach schlagende Arbeiten, als: Pumpen, Transmissionen, Brennerien, Mahlmühlen, Schneidemühlen etc. etc. zu welchen Anlagen ich gern bereit bin, die Anschläge und Zeichnungen anzufertigen.

Hochachtungsvoll

**Paul Lehr,****vorm. Ed. v. Schkopp,****Maschinenfabrik und Eisengießerei.**

# Große Weihnachts-Ausstellung

## bei Joseph Wunsch,

Sapiehaplatz- und Friedrichsstr.-Ecke 31.

Hierdurch erlaube ich mir, meinen geschätzten Kunden hierorts und Umgegend ergebenst anzuzeigen, daß ich zur diesjährigen Weihnachtsaison in meinem Geschäftslokale einen

**Bazar** aller nur erdenklichen neuen geschmackvollen Spielwaren

errichtet habe. Ich bitte um geneigten Zuspruch und wird jeder mich Beehrende von der geschmackvollen Auswahl und billigen Bedienung sich zu überzeugen Gelegenheit haben.

**Spielwaren**

empfehle in reichhaltigster Auswahl, als:

**Puppen, Puppenwagen, Musikwerke, Dampfmaschinen, sowie die einfachsten Holz- u. Papiermachefachen** in elegantester und einfachster Ausführung.

Preiscurant gratis. (H. 14327)

**August Weisse,**

Berlin C., Scharrnstraße 6.

**Serrliche Weihnachts-Geschenke.**

**Zauber-Apparate,**

mit welchen Erwachsene wie Kinder ohne besondere Geschicklichkeit überraschende Zauberstücke sofort ausführen können u. A. Die Escamoteurbüchse um 1 Stück Geld schnell herauszubekommen 15 Mgr. In einem ganz leer gezeigten Glasfassen erscheinen auf Kommando große Bälle 1 1/2 Thlr. Zauber-Cigarren-Sträuße um die Cigarre nach Belieben verschwinden und wieder erscheinen zu lassen, (interessant und nützlich für Raucher) 20, 30, 40 u. 60 Mgr. p. St. Verführerzeug 15 Mgr. Eine Karte in einem Moment zu verwandeln 15 Mgr. Der Zauberfächer, eleg. Damengeseht (brauchbar), 1, 2, 3 u. 5 Thlr. Der Zauberstab, womit man einen Thaler aufhängt, 5 und 6 Thlr. Die Kunst durch jeden Hut oder Rock den Zeigefinger zu stecken, ohne den betreffenden Gegenstand zu ruinieren, 1 Thlr. Zauberwürfel 15 Mgr. Die tanzenden Karten 15 Mgr. Zauber-Bilderbuch 1 Thlr. Zaubertrichter 15 Mgr. Die magische Biquetflasche 3 u. 4 Thlr. Die großen Zauberlinge 3 Thlr. Die Punschmaschine 3 Thlr. Neu zusammengestellte Zauberstücke für Kinder sehr zu empfehlen, da dieselben zum Nachdenken anregen und Gewandtheit erzeugen, 2, 3, 4, 6, 8 bis 25 Thlr. etc. Zu jedem Apparat eine gedruckte Erklärung. Verbindungen gegen baar oder Nachnahme umgehend.

**H. Davini,**

Dresden, Büttchstraße 5

**Paris. Hier Leipzig.**

**Bismarckstraße Nr. 1.**

**Große Weihnachts-Ausstellung**

der neuesten Erzeugnisse

**Pariser Bijouterien und Luxus-Artikel.**

Als besonders empfehle prachtvolle

**Hochzeits- und Weihnachtsgeschenke**

Blumenständer, Gardinières, Tischchen, hoheleg. Attractionen mit Musik, Blumenvasen, Visitenkarten-Schalen, Schreibzeuge, Spiegel, Alconständer, Schmuckkästchen in Porzellan, Bronze, Nym, Schildpatt, Elfenbein etc. etc. Kächer aus Strauß- und Schwanenfedern, Schildpatt, Elfenbein, Selde, Atlas, Haut-Nouveautés mit Sujets-Malereien in mehr als 200 Mustern.

Damen-Schmuck in Korallen echt und imitiert, Filigran, Nofait, Nym, Berg-Kristall, Drud, Perlen, Guméon, Sapherin, Porzellan in mehr als 500 der neuesten Mustern.

Ferner eine hochlegante Collection Herren- und Damen-Uhrketten wie Medaillons, Armbänder, Diademe, Chatelains, Kreuze, Haarnadeln, Manchetten-Knöpfe, Ceintures etc. etc. Ebenso eine prachtvolle Auswahl Portemonnaies, Visitenkarten etc. in Leder, Elfenbein etc.

Erlaubt sich besonders aufmerksam zu machen auf sein reich completirt Lager von Artikeln in Laque de Chine, als Spind, Schmuckkästchen, Thee- u. Cigarren-Kasten, Theebretter, Gläser u. Flaschenteller etc.

**Beste Preise.**

**Eduard Tovar, Bismarckstraße 1.**

**Ausverkauf**

zurückgekehrter Kleiderstoffe sowie

**Double-Paletots und Jaquetts**

bei

**K. Liszkowski.**

**Liebig Company's Fleisch-Extract**

aus FRAY-BENTOS (Süd-Amerika).

**8 goldene Medaillen und Ehrendiplome.**

**Nur acht** wenn die Etiquette eines jeden Topfes

den Namenszug **Liebig** in blauer Farbe trägt.

**Zu haben bei den hauptsächlichsten Colonial- und**

**Esswaren-Handlern, Droguisten, Apothekern etc.**

**Posen. J. J. Heine,**

Markt 85.



In unserem Verlage ist soeben erschienen:  
**Comptoir-Wand-Kalender**  
für 1876.

Im Duzend 2 Mk. 40 Pf., einzeln 25 Pf.  
Kleinere Format p. Dhd. 1 Mk. 80 Pf., einzeln 20 Pf.  
**Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.**

**Wichtige Anzeige**  
für das  
**inferirende Publikum.**

Die unterzeichnete Annoncen-Expedition gewährt bei größeren Aufträgen bekanntlich

**die höchsten Rabatte**

und empfiehlt nur die für die verschiedenen Zwecke

**bestgeeigneten Zeitungen.**

ertheilt auf Grund langjähriger Erfahrung bewährten Rath in Inserations-Angelegenheiten und sorgt durch gewandte Feder für die zweckentsprechendste Abfassung von Annoncen und Reclame-Artikeln. Zeitungs-Preis-Courante werden gratis verabfolgt.

Selbstverständlich werden nur die Preise in Anrechnung gebracht, welche die Zeitungen selbst tarifmäßig fordern.

Nur auf speziellen Wunsch werden Inserenten durch einen sachverständigen Beamten besucht.

**Rudolf Mosse,**

Centralbureau: **Berlin.**

Agentur in Posen: bei Herren

**G. Fritsch & Co.,** Mühlenstraße.

**11 schöne Märchenbücher für Kinder.**

1) Aschenbrödel. 2) Schneewittchen. 3) Der gestiefelte Kater. 4) Dornröschen. 5) Tischlein deck dich, Esel streck dich, Knüttel aus dem Sack. 6) Rothkäppchen. 7) Der Wolf und die sieben Gaislein. 8) Der kleine Däumling. 9) Das tapfere Schneiderlein. 10) Der Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel. 11) Hänsel und Gretel.

Jedes Buch enthält sechs große fein colorirte Bilder und kostet 10 Sgr., für 11 Sgr. wird franco geliefert. Alle 11 Stück kosten 3 Thaler.

**J. Chociszowski, Buchhändler,**

Posen, Büttel- u. Schlosserstraßen-Ecke Nr. 6.

**Große Weihnachts-Ausstellung**

auch für dieses Jahr bereits eröffnet, in großer Auswahl zu sehr mäßigen Preisen in der

**Papier- und Galanteriewaaren-Handlung**  
**W. Maszowska, früher Łakińska,**

Bergstraße Nr. 9, gegenüber Hotel de France.

**Billard- und Billard-Quenes-Fabrik**

von **J. Strube, Poln.-Crone.**

Reichhaltiges Lager fertiger Billards mit ganzen Marmorplatten nach neuester Construction, sowie sämtliche Billards-Zusätze.

2te Niederlage: **Wartenburg O.-Pr.** (H. 23128.)

**Erste**  
**Luftdruck-Maschinen-Chocoladen-Fabrik**  
von **Paul Wesenberg,**

Berlin NW., Friedrichstr. 94a, gegenüber dem Stadtpark.

Der Beifall, welchen sich meine Chocoladen seit einer langen Reihe von Jahren erworben haben, und der dadurch erzielte Umsatz haben mich genötigt, meine Fabrik bedeutend zu vergrößern.

Durch Verwendung einer der neuesten deutschen Erfindungen, der Luftdruck-Maschine, welche hier zum ersten Mal in großem Maßstabe als treibende Kraft angewendet wird, sowie der neuesten französischen Chocoladen-Maschinen, welche die Bewunderung von Sachkennern hervorgerufen haben, bin ich in den Stand gesetzt, Chocoladen zu liefern, welche die bis jetzt gelieferten Chocoladen an Güte und Billigkeit bei Weitem übertreffen.

**Vanille-Block-Chocolade à Pfund**

8 Sgr., 4 Pfd. 1 Thlr.

**Vanille-Krümel-Chocolade à Pfd**

12 Sgr., 3 Pfd. 1 Thlr.

**Vanille-Tafel-Chocolade à Pfund**

10, 12, 15, 20 Sgr.

Bei Entnahme von 5 Pfd. Tafel-Chocolade gebe 1 Pfd. Rabatt.

**Christbaum-Vanille-Chocolade**

à Pfd. 24 und 30 Sgr. gefüllt und

ungefüllt in den verschiedensten Dessins.

Chocoladenfiguren à Pfd. 40 Sgr. in großer Auswahl.

Bestellungen nach außerhalb bitte rechtzeitig einzufenden, da bei dem großen Beifall, welchen meine Chocoladen gefunden, mir nicht immer möglich ist, dieselben umgehend zu senden. Verpackung zum Selbstkostenpreise.

**Abgedrehte complete**  
**Wagenachsen,**  
**geschmiedete Achsenstäbe,**  
**geschmiedetes**  
**Eisen und Flügelhaare**  
eigener Fabrikation offerirt zu den billigsten Preisen  
**Gr. Streblitz O.-Schl. A. P. Seibert.**

**Neelle Butter-Offerte.**  
Wir empfehlen für Bäcker, Conditoren und Wiederverkäufer unter Garantie reine unverfälschte Butter und zwar:  
Backbutter II. in Fässern von 80-100 Pfd. a 80 Pf. pr. Pfd.,  
Backbutter I. . . . . 85 . . . .  
Eibutter, schöne frisch eingelegte Landbutter  
in Kübeln von ca. 50 Pfd. Inhalt . . . . . 95 . . . .  
und erheben den Betrag durch Nachnahme.  
**Gebrüder Lehmann & Co.,**  
Berlin N. W., Louisestr. 31.

**Krampfleidende**  
**Epilepsie, Fallsucht.**  
Neueste erfundene Heilmethode  
durch das  
**Auxilium Orientis**  
von  
**Sylvius Boas,**  
Spezialist für Krampf- und Nervenleidende.  
Sprechstunden von 8-10 und 2-4.  
Berlin SW., Friedrichstr. 22,  
auch brieflich.

**Zur Ball-Saison.**  
Elegante Ball-Coiffuren u. Toiletten  
in allen neuen Farben empfiehlt  
**Elise Jaekel,**  
Mühlentstr. 7, part.  
Ball-Roben werden in kürzester Zeit  
angefertigt.

**Brod! Brod!**  
vom Dom. Mur. Goslin bei  
**Gustav Wolff,**  
Breitestr. 12.

**Feinstes Gräberbier**  
bei  
**Gustav Wolff,**  
Breitestr. 12.

Seb. Hechte, Zander u. Barsen Donner-  
stag Ab. 4 u. billigt bei Klettsch.

Frisch geschossene Rehe,  
Hasen u. Rebhühner empfiehlt  
**Isidor Busch,**  
Capitelplatz 2.

**Feinsten geräucherten**  
**Lachsbering**

sowie guten schönen Stockfisch,  
den Str. von 6 Thlr. ab, offerirt  
nur **en gros**

**M. Goldschmidt,**  
Heringshandlung, Schuhmacherstr. 1.

**Eist**  
**holländ. Schnupftabak,**

wirklich rein und echt von **C. Bodin**  
in Filleine empfiehlt allen Liebhabern  
einer guten Pfeife.

**R. Lewinsohn's Wwe.**  
Meine kleine Niederlage für Wronke und  
Umgebung

**Premer Cigarr.-Fabrik**  
Versendet in grossen Lager für die  
Goldminen in Hannover. — Etwa  
ausgezeichnetes, preiswerthes, in feiner  
Savannencigarre, unfortirt, 73er Ernte  
Sig.-Kist. 250 St., 6 1/2 Pf. Garantie  
schöner Brand, Geschmack u. Aroma  
**Jul. Schmidt, Seifensieder, HANNOVER**

**NB. Flor de Cuba, sehr beliebt,**  
angenehme Qualität und schöner  
Brand, a Mille 60 Mark, Drig.-  
Kist., 250 St., 15 Mk. geg. Nachn.

**Herrmann u. Thunselda.**  
Prachtvolles Delfarbenbild. 69 Cen-  
timeter hoch, 53 breit, in eleg. Gold-  
barockrahmen. Preis 14 Thlr., Kiste  
dazu 1 Thlr. Auch viele andere Del-  
farbenbilder zu billigen Preisen.

**I. Chociszowski.**  
Posen Schlosserstr. 6.

**Ein möblirtes Parterre-**  
**Zimmer** sofort zu vermieten Sand-  
straße Nr. 10.

**Schulstr. 4, 2. Et.,** ist ein möbl  
2fenstr. Zimmer sofort zu vermieten.

Eine kleine Wohnung ist vom 1. Jan-  
uar 1876 ab Büttelstraße Nr. 16 zu  
vermieten.

Ein auch zwei möblirte Zimmer zu  
vermieten **Kanonienplatz 3.**

Bäderstr. 14, 1 Tr. vorne, ist eine  
gut möbl. Stube sofort zu verm.

**Wand und Verlag von W. Decker & Co. (G. Mosse) in Posen.**

**Ein Buchhalter,**  
der polnischen Sprache als Korrespon-  
dent mächtig, unverheirathet, wird für  
eine Maschinenfabrik in Galizien zu  
engagiren gesucht.  
Reflektanten mit Referenzen belieben  
ihre Adressen unter „Punklichkeit“ nie-  
derzu legen in der Exped. d. Pos.  
Zeitung.  
Ein erfahrener, tüchtiger  
**Wirtschafts-Inspector,**  
18 Jahre beim Reich, militärfrei, un-  
verheirathet, mit guten Zeugnissen,  
deutsch, polnisch nicht sprechend, in  
mehreren Provinzen bereits amtirt,  
sucht vom 1. Jan. ab Stelle als Ad-  
ministrator oder 1. Wirtschafts-Ins-  
p. Freundschaftliche Offerten bitte postlagernd  
E. X. 25, Wollstein.

Eine luth. geprüfte  
**Erzieherin,**

mit guten Zeugnissen, welche auch in  
Musik und Sprachen unterrichtet und  
diesen Sommer ein Vierteljahr in der  
franz. Schweiz war, sucht zum 1. Jan.  
oder 1. Febr. Stellung. Gefl. Offert.  
werden erbeten unter M. G. postlagernd  
**Kattowitz, Oberschlesien.**

Eine gepr. Erzieherin, kath., firm in  
Sprachen, Wissenschaften, Musik und  
Zeichnen, mit g. Att., u. 1 solche evang.,  
d. fertig englisch, französisch u. spricht,  
Musik und alle Schulgegenstände lehrt,  
g. empf. suchen Stelle d. **Nachweis-**  
**Institut Catharinenstr. 4 in Bres-**  
**lau** (H. 23527.)

Ein anständiges Mädchen sucht  
Stellung auf dem Lande zur Stütze in  
der Wirtschaft, worin sie geübt ist,  
durch **Anders-Nietzpezkowska,**  
Wasserstr. 27.

**Interims-Theater.**  
Um vielfachen Wünschen

des geehrten Publikums ent-  
gegen zu kommen, wird Frei-  
tag den 3. d. M. bei kleinen  
Preisen „**Der Troubadour**“  
mit th. ilw. neue Besetzung  
zur Aufführung kommen.  
**Carl Schäfer.**

**Volks-Liedertafel**  
heute Abend **Ballotage.**  
Der Vorstand

**Dramatische**  
**Vorlesungen**

des Königl. Hoftheaters Hr.  
Gustav Müller a. Wiesbaden.

**Im Saale der städt. Real-**  
**schule.** Mittwoch d. 1. Dezbr. c.

**„Torquato Tasso“** v. Göthe,  
Freitag d. 3. Dezbr. **„Hamlet“**  
v. Shakespeare, Sonntag d. 5.

Dezbr. **„Nathan der Weise“**  
v. Lessing u. Dienstag d. 7. Dezbr.

**„Die Braut von Messina“**  
v. Schiller. Eintrittskarten für

1 Person zu 4 Vorträgen à Thlr.  
1. 10 Sgr., für 3 Personen zu

4 Vorträgen à Thlr. 3, für 1  
Person zu 1 Vortrag à 15 Sgr.,

für 3 Personen zu 1 Vortrag  
à Thlr. 1 sind in der Hof-Buch-

u. Musik-Gdly. v. Vot. u. Bod  
zu haben. Kassenpreis 20 Sgr.

**Anfang Abends 1/8 Uhr.**

**Familien-Nachrichten.**

**†**

Heute Nacht entschlief zu einem be-  
seren Leben in Folge eines Schlagflus-

ses im Alter von 29 Jahren der Hent.  
im 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50,  
kommandirt als Adjutant zum 1. Bat.  
(Posen) 1. Pos. Landwehr-Regts. Nr. 18

**Albert Wojczewski.**

Bei betrauert von seinen Kameraden  
bei welchen ihm ein ehrenvolles Anden-

ken gesichert bleiben wird.

**Der Commandeur**  
und das Offizier-Comps d. 8

1. Bat (Posen) 1. Pos. Land-  
wehr Regts. Nr. 18.

Unsere Stadtverordneten-Versamm-  
lung hat durch den am 23. d. Mts.

nach längerer Krankheit erfolgten Tod  
des Stadtverordneten und Hotelbesizers

**Herrmann Eichelbaum**

ein geschätztes Mitglied verloren.  
Er war für das Wohl der Stadt  
stets bemüht und hat auch sonst in der  
Eigenschaft als Hotelbesitzer sich rühm-  
lich durch Herbeiführung einer wohl-  
thätigen Konkurrenz ausgezeichnet.  
Sein Andenken wird uns stets werth  
sein.  
**Samter, den 30. Novbr. 1875.**  
**Das Stadtverordneten-**  
**Kollegium.**

Seine Frau **Marie** geb. **Blümfte.**  
Mogilno, den 29. November 1875.  
**J. Deuth.**

**Auswärtige Familien-**  
**Nachrichten.**

**Verlobt:** Hr. Marie von Krohn  
in Duedlinburg mit Hent. Grafhof in  
Halberstadt, Hr. Marie Rogner in  
Reiz mit Herrn Art. Dr. Franke in  
Gr.-Ammensleben, Ottilie Frein von  
Frydag in Schloß Buddenburg bei  
Dortmund mit Hent. Walthers v. Bo-  
nin I. in Sondershausen, Hr. Car.  
Her in Randhaus bei Salzwedel mit  
Hotelbesitzer Rud. Eilers in Dranien-  
burg.

**Verheirathet:** Pred. Alex. Gattien  
mit Hr. Martha Schwarzkopf in  
Pforten, Hr. Victor Strauß mit Hr.  
Louise Schmackpfer in Breslau, Hr.  
Conrad Hermenau mit Hr. Theophile  
Prutz in Allenstein, Herr Hermann  
Schreyer mit Hr. Minna Salomon-  
sohn in Berlin, Herr Max Unruh in  
Burgen mit Hr. Marie Schütz in  
Berlin.

**Geboren:** Ein Sohn den Herren  
Prem.-Lieut. von Carlwiz in Halber-  
stadt, Reg.-Rth. Hr. von Senden-Pi-  
bran in Frankfurt a. O., Buchhändler  
Georg Lehmann in Dresden, Hauptm.  
v. Wittenburg in Berlin, Prem.-Lieut.  
Karl I. in Detmold, Ad. Rabe in  
Berlin, Carl Schent

Eine Tochter den Herren Henten.  
Hdo Hr. von Pappel-Rammungen in  
Rottenburg a. d. Fulda, Otto Radewig  
in Berlin, Carl Heinrich in Berlin,  
Raphael Weyl in Berlin, Hof-Photo-  
graph Paul Sella in Potsdam.

**Gestorben:** Hr. Ida Frein von  
Mülling in Montreux, Bern. Oberst  
v. Sydow, geb. v. Burgsdorf in Frank-  
furt a. O., Pastor Friedrich Wilhelm  
Trillbose in Doelshof, Kreisdirector  
Wilhelm von Krosigk Tochter Louise  
in Ballenstedt, Kommerzienrath Kuffer  
in Plegitz, Wegebauinsp. a. D. Ge  
Wischer in Weppen, Frau Reg.-Rath  
Casar, geb. Zimmermann in Magde-  
burg, Hr. C. Hilke Tochter Eliza-  
beth in Berlin, Herr Julius Weischoff in  
Berlin, Hr. Eina Wendelssohn in  
Berlin, Bern. Buchhändler Auguste  
Danz, geb. Wipfki in Berlin, Rentier  
Carl Louis Albert Bergner in Pankow,  
Bern. Frau Marie Dorothea Purad,  
geb. Stecher in Rietzfelde, Rentmei-  
ster a. D. Martin Polzin in Schön-  
lanke, Geh. Reg.-Rath Eduard Maas  
in Stralsund, Raskulatur-Vorsteher  
Johannes Heydemann in Magdeburg,  
Hr. Otto David Sohn Fritz in Frank-  
furt a. D.

**Interims-Theater**  
in Posen.

**Repertoire.**

Mittwoch den 1. December:

**Arbild des Tartüffe.**  
Eustspiel in 4 Akten von Goufflow.

Donnerstag den 2. December:

**Aschenbrödel.**  
Eustspiel in 5 Akten von R. Benedix.

Freitag den 3. December:

**Opern-Vorstellung**  
zu Extra-Preisen.  
Logen und Speerrh à 1 Mk. 25 Pf.

**Emil Tauber's**  
**Volksarten-Theater.**

Mittwoch: (Nicht rauchen!) **Die**  
**Maurer von Berlin.** Posse in  
4 Akten und 8 Bildern.

**Die Direction.**

**Lambert's Concert-Saal.**

Mittwoch den 1. December:

**Großes Concert**  
mit verstärktem Orchester.  
Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf.  
**Stolzmann.**

**B. Heilbronn's Restaurant.**

Heute und folgende Abende:

Gesangsvorträge der Sanger-  
gesellschaft de la Garde.

**Feldschloß-Restaurant.**

Mühlen- und St. Martinstr. Ecke 56.  
empfehlte heute Mittag von 6 Uhr  
Abends ab

**Gisbeine.**

**Johann Basse.**

Gleichzeitig empfehle ich frischen  
Mittagstisch mit und ohne Abonnement,  
in und außer dem Hause.

**Frische Kesselfurst.**

Morgen Donnerstag den 2. d. von  
früh 10 Uhr ab frische Kesselfurst mit  
Sauerkohl, auch Wellfleisch, bei  
**Wolffmann, Seifentstr. 11.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß  
ich vom heut Tage gutsmittenden lo-  
schern Mittagstisch zu bill. Preisen ver-  
abreiche, und wird stets mein Bestreben  
sein ein geehrtes Publikum recht gut zu  
bedienen.  
**B. Friedland,**  
Markt 10.